



# Senioren Kurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.  
26. Jahrgang | Nr. 2 / 2021

## Beteiligung und Teilhabe älterer Menschen – auch in Zeiten der Pandemie

Es ist viel über die Schulen gesprochen worden in den vergangenen Wochen und Monaten, viel über die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen, viel über medizinisches Personal, viel über Kulturschaffende, Unternehmerinnen und Selbstständige. Die Härten, die die Corona-Pandemie inklusive der Maßnahmen, um sie zu bekämpfen, mit sich gebracht haben, treffen einige Gruppen unserer Gesellschaft heftiger als andere. Da ist es nicht nur verständlich, sondern auch wichtig, dass wir unser Augenmerk darauf richten.

Die Auswirkungen und Einschnitte, die das Virus seit mehr als einem Jahr mit sich bringt, treffen gleichwohl uns alle. Unser Alltag und unser Zusammenleben haben sich verändert. Wer aktiv sein will, wer sich einbringen möchte, wer den Austausch mit anderen sucht, der oder die stand und steht vor der Frage: Was nun? Inzwischen nähern wir uns aus vielerlei Gründen dem lang ersehnten Licht am Ende des Tunnels. Nichtsdestotrotz werden uns einige Einschränkungen noch eine ganze Weile begleiten.

Gremienarbeit, Vereinsleben, Nachbarschaftshilfe, Sport: Was früher Nähe schuf, war in jüngster Vergangenheit lediglich auf Distanz möglich. Bürgergesellschaftliches Engagement musste im-



*Birgit Hesse, Präsidentin des Landtags M-V*

mer wieder zurückstehen, was bitter war für die Freiwilligen selbst, erst recht aber für diejenigen, die von solchen Angeboten profitieren. Generationenübergreifend gibt es in unserem Land viele Menschen, für die die Initiative, die Ideen und die investierte Zeit anderer Begegnungen, Bildung oder Bewegung überhaupt erst möglich machen. Auch diejenigen, die sich politisch engagieren oder die Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen vertreten, standen vor der Herausforderung, Diskussionen und Auseinandersetzungen

*Fortsetzung auf Seite 3*

**Liebe Vereinsmitglieder, verehrte Leser des „Seniorenkuriers“,**

nach nunmehr unzähligen Videokonferenzen freuen wir uns auf baldigst wieder mögliche persönliche Kontakte. Ich glaube, allen ehrenamtlich Tätigen ist es ein Bedürfnis, wieder mit Gleichgesinnten von Angesicht zu Angesicht kommunizieren zu können. Zur Vorbereitung auf die nächsten Landtagswahlen haben wir diesmal auf Wahlprüfsteine verzichtet. Wir sind der Meinung, dass Aussagen der Fraktionen im Landtag zu kommenden Schwerpunkten ihrer Seniorenpolitik im Land mehr Gewicht haben werden. Deshalb finden Sie auf den nächsten Seiten die Ausführungen der Fraktionen, die auf unser Schreiben geantwortet haben. Für die Bundestagswahl empfehlen wir die Wahlprüfsteine der BAGSO. Im Herbst haben wir im Landesseniorenbeirat Vorstandswahlen. In einer Videokonferenz mit den Vorsitzenden der Kreisseniorenbeiräte haben wir die Anforderungen an die Kandidaten diskutiert. Inzwischen sind diese Anforderungen an den Landesseniorenbeirat ständig gestiegen. Deshalb erfordert dies Kandidaten, die aktiv auf bestimmten Fachgebieten eigenständig Aufgaben übernehmen und auch den Landesseniorenbeirat in zahlreichen Gremien sach- und fachkundig vertreten können. Die Bewerber für ein Vorstandsamt wollen wir im nächsten Seniorenkurier bereits allen Mitgliedern vorstellen. Gegenwärtig erarbeiten wir eine Übersicht der durch uns abzusichernden Aufgabenfelder, um diese den Vorsitzenden der Kreisseniorenbeiräte für die Auswahl geeigneter Kandidaten zu übergeben. Ich verbleibe mit den besten Grüßen, bleiben Sie gesund.

*Bernd Rosenheinrich  
Vorsitzender des  
Landesseniorenbeirats M-V e. V.*

### Aus dem Inhalt

Seite	4	<b>Politische Positionen für MV</b>
Seite	6	<b>BAGSO-Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl</b>
Seite	30	<b>Aus Landkreisen und Städten</b>



Vitanas



# LIEBEVOLLE UND QUALIFIZIERTE PFLEGE

Wir bieten: Stationäre sowie Kurzzeitpflege in allen Pflegegraden  
Spezieller, zertifizierter, Wohnbereich für Menschen mit Demenz | Wir kochen  
täglich frisch und abwechslungsreich | Reinigungsservice für die persönliche  
Wäsche | Kostenfreie Bettwäsche und Handtücher | Hauseigener Friseur  
Fußpflege kommt ins Haus | Zahlreiche Therapie-, Tätigkeits- und Freizeit-  
angebote | Hübscher Garten mit vielen Sitzgelegenheiten  
Mitnahme der eigenen Möbel gerne möglich | Haustiere  
sind herzlich willkommen | Regelmäßige Veranstaltungen

**RUFEN SIE AN ODER KOMMEN SIE VORBEI.  
WIR BERATEN SIE GERNE PERSÖNLICH.**



**Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten**  
Adam-Scharrer-Weg 12 | 19053 Schwerin  
☎ (0385) 51 19 - 0 | [vitanas.de/amschlossgarten](http://vitanas.de/amschlossgarten)

**Vitanas Senioren Centrum Im Casino**  
Pfaffenstraße 3 | 19055 Schwerin  
☎ (0385) 575 66 - 0 | [vitanas.de/imcasino](http://vitanas.de/imcasino)

Fortsetzung von Seite 1

zungen plötzlich kontaktfrei führen zu müssen. Dabei lebt Demokratie doch nicht zuletzt von der Präsenz ihrer Akteure und Akteurinnen. Das gilt auf Landesebene, und das gilt vor Ort in den Kommunen und Gemeinden.

Die demografische Entwicklung schreitet hier in Mecklenburg-Vorpommern schneller voran als in den meisten anderen Ländern. Die Älteren prägen unsere Gesellschaft, sie prägen unser Zusammenleben und den politischen Diskurs. So wie wir beim Schutz vor Corona und bei der Impf-Reihenfolge die älteren Menschen besonders in den Blick genommen haben, so sollten wir es auch bei den gesellschaftlichen Auswirkungen dieser uns alle fordernden Zeit tun.

Gerade deshalb fand ich es besonders bitter, dass das Altenparlament im vergangenen Jahr nicht in gewohnter Manier im Schweriner Schloss tagen konnte, zum ersten Mal seit seiner Premiere im Jahr 1999. Ohne Zusammenkunft, ohne persönliche Gespräche geht Entscheidendes verloren. Anliegen schriftlich einzureichen, transportiert sicherlich Inhalte, nicht aber Stimmungen.

Haben die anhaltenden Kontaktbeschränkungen im privaten Bereich für ein Gefühl von unfreiwilligem Verzicht, Einsamkeit und bisweilen sogar Isolation gesorgt, so bedeuteten sie für die Politik die wachsende Gefahr, das Gespür für die Menschen zu verlieren, Nöte und Sorgen nur noch abstrakt wahrzunehmen und Statistiken mit Schicksalen gleichzusetzen.

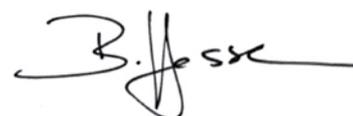
Umso beeindruckender, wie viele Engagierte sich von den Regeln und Beschränkungen nicht haben lähmen lassen, sondern nach Lösungen gesucht haben, um Kontakte, Projekte und Netzwerke aufrecht zu erhalten. Zu erleben, wie immer mehr Menschen, für die digitale Medien und Kommunikationskanäle zuvor eine riesige Herausforderung darstellten, diese plötzlich als Chance sahen und ergriffen, war erstaunlich. Gespräche, Beratungen, Feiern, Preisverleihungen, Aufführungen und Konzerte. Nicht alles funktionierte, aber manches doch so gut, dass die Verlagerung ins Digitale zu einer echten Alternative geworden ist – und das über Corona hinaus.

Eingeschränkte Mobilität, drohende Vereinsamung, begrenzter Zugang zu Informationen, Dienstleistungen und medizinischem Rat – all das lässt sich

mit digitaler Technik zumindest abfedern. Im Landtag spielen diese Themen deshalb immer wieder eine Rolle, und die – mitunter ja auch älteren – Abgeordneten debattieren sie intensiv: vom flächendeckenden Internetzugang über treffsichere Bildungsangebote bis hin zu überregionalen Netzwerken, von der Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ bis hin zur Landtags-sitzung im gerade vergangenen April.

Wir profitieren alle miteinander, wenn sich die älteren Generationen weiterhin und verstärkt einbringen können. Sie haben Erfahrung, Fähigkeiten und Wissen, die sie weitergeben können. Sie haben Zeit, die sie sinnvoll nutzen wollen. Sie haben Interessen, für die sie eintreten und Meinungen, die sie gehört wissen wollen. Die vergangenen Monate haben all dem ein nachhaltiges Kapitel hinzugefügt. Ich bin mir sicher, die Seniorinnen und Senioren haben viel zu sagen. Und ich bin mir sicher, wir werden viel von ihnen hören. Gut so.

Herzliche Grüße



## Armut und Reichtum

### Stellungnahme der LAK zum Entwurf des 6. Armuts- und Reichtumsberichts

Seit dem Jahr 2001 geht die Bundesregierung in den Armuts- und Reichtumsberichten (ARB) der Frage nach, welche Ursachen für Armut und Reichtum bestehen und wo wir bei der Bekämpfung großer sozialer Ungerechtigkeiten stehen. Damit liefern die Berichte eine wichtige Orientierung für das politische Handeln. Denn nur, wenn wir die Lage genau kennen, können wir sie verändern.

Der Entwurf des 6. Armuts- und Reichtumsberichts analysiert Lebenslagen in Deutschland wie die Erwerbstätigkeit, die Einkommens- und Bildungssituati-

on, die Gesundheit und das Wohnen für Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen. Die soziale Lage in Deutschland wird dafür auf Basis vorliegender



Statistiken und eigens in Auftrag gegebener Forschungsvorhaben ausführlich beschrieben. Das Werk heißt „Lebenslagen in Deutschland“, ist bislang fast 500 Seiten stark und im Bundestagswahljahr von großer Brisanz.

Abgesehen von einer Aufzählung sozialpolitischer Maßnahmen der Bundesregierung enthält der Bericht nahezu keine konzeptionellen Hinweise zur Bekämpfung von Armut, etwa zum Umgang mit steigenden Energiekosten, steigenden Mietkosten und der Vermeidung und Bekämpfung von Überschuldung. Auch geht der Bericht an keiner Stelle auf das Problem der „verdeckten Armut“ ein und die Perspektive von Armut betroffener Menschen wird nicht aus-

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

reichend berücksichtigt. Darüber hinaus wird insbesondere das aktuelle Ausmaß der Vermögensungleichheit in Deutschland nur völlig unzureichend abgebildet.

Angesichts der immer weiteren Spreizung der Einkommen und Vermögen ist vor allem eine Anhebung des Grundsicherungsbetrages sowie die Einführung einer Kindergrundsicherung unerlässlich.

Die Auswirkungen von COVID 19 wirken wie ein Brennglas auf schon vorher bestehende Ungleichheiten in der Gesellschaft. Daher muss sozialpolitisch gegengesteuert werden,

um ökonomische und soziale Ungerechtigkeiten nicht weiter zu vergrößern.

Die Landesarmutskonferenz (LAK) M-V und der Erwerbslosenbeirat M-V bekräftigen die Forderungen, Corona-bedingte Mehrbelastungen armer Menschen nicht nur durch eine Einmalzahlung auszugleichen. Menschen mit geringem Einkommen und in prekären Lebensverhältnissen müssen in der aktuellen Situation besonders bedacht werden, da sie durch Kurzarbeit, höhere Ausgaben im Bereich der Lebenshaltungs- und Energiekosten und Ausgaben für Hygienemaßnahmen sowie in sozialer Isolation besonderer Unterstützung

bedürfen. Die betroffenen Menschen müssen angehört werden und die Möglichkeit zur Mitbestimmung erhalten.

Lange war das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit in MV vorherrschend. Die Auswirkungen sind bis heute erkennbar. Die sogenannte „Vererbbarkeit“ von Armut ist in unserem Land kein Einzelphänomen.

Die LAK und der Erwerbslosenbeirat M-V fordern Parlament und Landesregierung auf, endlich eine eigenständige, nachhaltige Gesamtkonzeption zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Armut zu erarbeiten und einen unabhängigen Sozialbericht in Auftrag zu geben. ■

## Politische Positionen für MV

Welche Vorhaben für die ältere Generation sind von den Fraktionen zu erwarten?

*Der Landesseniorenbeirat hat die Landtagsfraktionen eingeladen, mit Blick auf die am 26. September dieses Jahres anstehenden Landtagswahlen Ausführungen zu ihren Vorstellungen einer künftigen Seniorenpolitik in der nächsten Wahlperiode gemäß Wahlprogramm zu machen. Verschaffen Sie sich als Leser ein eigenes Bild über zu erwartende Aktivitäten und Initiativen der Fraktionen für die Senioren des Landes. Drei Fraktionen haben diese Möglichkeit genutzt und uns ihre Standpunkte bis Redaktionsschluss zugesendet. Wir veröffentlichen die Schreiben in der Reihenfolge ihres postalischen Eingangs in der Geschäftsstelle des LSB.*

### Gutes Leben im Alter in MV

Mecklenburg-Vorpommern ist das am dünnsten besiedelte Bundesland Deutschlands und gleichzeitig jenes mit der ältesten Bevölkerung. Auch



in den nächsten Jahren wird die Zahl der älteren und hochbetagten Menschen in unserem Bundesland größer werden. Für ein gutes Leben im Alter in MV bedarf es daher verfügbarer Teilhabe- und Unterstützungsstrukturen. Auch der Wunsch vieler, möglichst lange in den eigenen vier

Wänden wohnen bleiben zu können, macht es notwendig, die Unterstützungsstrukturen für Ältere sowie für ihre Angehörigen auszubauen.

Die Pflegestützpunkte im Land als eine unabhängige Anlaufstelle zu Fragen rund um die Pflege haben sich dazu seit vielen Jahren bewährt. Gutes Leben im Alter ist aber mehr als gute Pflege. Deswegen wollen wir das Beratungsangebot ausbauen. Bereits die Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ stellte in ihrem Abschlussbericht fest, dass es einer „passgenauen und flächendeckenden Wohnberatung für die Anpassung des Wohnungsbestandes“ bedarf. Wir bleiben dran und wollen das Angebot daher um eine erweiterte Wohnberatung ergänzen. Gleichzeitig werden wir auch für eine bes-

sere Wohnsituation sorgen. Dazu sollen u.a. durch Landesförderung mehr barrierefreie Wohnungen geschaffen und das Wohnumfeld seniorenfreundlich gestaltet werden.

Jenseits des Wohnens sind Seniorenpolitische Gesamtkonzepte integrierte kommunale Planungsinstrumente für eine moderne Seniorenpolitik. Sie gehen über die Pflegebedarfsplanung hinaus, sehen ältere Menschen nicht nur als Empfänger von Hilfe und Pflegeleistungen, sondern rücken die gesamte Lebenswelt älterer Menschen in den Blick. Wir wollen daher die zuständigen Landkreise und kreisfreien Städte bei der Erarbeitung und Umsetzung seniorenpolitischer Gesamtkonzepte unterstützen. Das Land hat mit einem Fachtag und Handreichungen schon erste Schritte gemacht. Daran anknüpfend wol-

len wir die kommunale Ebene weiter unterstützen, ihre passgenauen Gesamtkonzepte zu erarbeiten bzw. weiterzuentwickeln.

Gesellschaftliche Teilhabe bedeutet neben einer strategisch-konzeptionellen Förderung des Ehrenamtes heute auch digitale Teilhabe. Wir wollen uns daher für mehr digitale Lehr- und Lernangebote einsetzen. Zudem wollen wir, dass die digitalen Möglichkeiten für Ältere noch besser genutzt werden können. Dazu gehören u.a. technische Alltagshilfen und Servicerobotik, digitale Dokumentations- und Informationssysteme und nicht zuletzt Beratungsangebote zum Thema „smart home“.

Wir werden uns darüber hinaus gegen Altersarmut einsetzen. Seit mehreren Jahren steigen die Pflegekosten stärker als die Leistungen der Pflegeversicherung. Pflegebedürftige Menschen müssen damit zunehmend eigenes Geld aufbringen, um die Kostensteigerungen aufzufangen.

Bei vielen Älteren ist das mit der eigenen Rente nicht möglich. Die Kosten in der Pflege müssen deshalb gedeckelt werden. Wir werden uns auf Bundesebene daher für eine umfassende Reform der Pflegeversicherung einsetzen.

*Thomas Krüger  
Vorsitzender der SPD-Fraktion  
im Landtag MV*

\*

An dieser Stelle möchte ich Ihnen gern einige Vorstellungen der CDU für die Seniorenpolitik der kommenden Jahre in Mecklenburg-Vorpommern darlegen. Bitte haben Sie dafür Verständnis, dass es sich dabei zunächst einmal um erste Gedanken handelt, da sich das Wahlprogramm der CDU bei Verfassen dieses Beitrages noch in der Erarbeitung befunden hat.

Lassen Sie mich aufgrund der aktuellen Situation zudem Folgendes vorweg stellen: Die Corona-Pandemie hat uns neue Herausforderungen aufge-

zeigt und auf viele bereits bekannte Probleme wie ein Brennglas gewirkt. Sie hat uns verdeutlicht, wie wichtig insbesondere ein intaktes Gesundheitssystem ist. Die Corona-Pandemie hat aber auch andere Prozesse, wie der Digitalisierung, einen deutlichen Schwung verliehen. Gleichwohl beschäftigen uns Fragen und Herausforderungen, die sich bereits vor der Corona-Pandemie aufgedrängt haben: die Entwicklung des Rentenniveaus, Mobilität im ländlichen Raum, drastisch steigende Eigenanteile in stationären Pflegeeinrichtungen und letztlich auch der demographische Wandel insgesamt.



Als Koalitionspartner und Teil der Landesregierung haben wir in den vergangenen Jahren wichtige Vorhaben in der Seniorenpolitik umgesetzt, wie z.B. die Einrichtung der Pflegestützpunkte, das Landarztgesetz, die Einführung des Seniorenmitwirkungsgesetzes oder auch die Unterstützung der Kommunen bei der Erstellung seniorenpolitischer Gesamtkonzepte. Eine wichtige Leitlinie in der Seniorenpolitik stellten in dieser Wahlperiode die Leitlinien der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ dar, das das gleichnamige Landesprogramm aus den Vorjahren ersetzte. Für die kommende Wahlperiode können wir uns als CDU vorstellen, auf Basis der Leitlinien die Fortschreibung und Neuauflage eines seniorenpolitischen Landesprogramms auf den Weg zu bringen. Ich nehme damit auch Bezug auf die Resolution des 10. Altenparlamentes.

Die Neuauflage des Landesprogramms kann dann als Grundlage für die zukünftige Ausrichtung der Seniorenpolitik in Mecklenburg-Vorpommern dienen und darauf aufbauend Lösungen für aktuelle und zukünftige Problem-

lagen entwickelt werden. In den Leitträgen und der Resolution des 11. Altenparlamentes werden bereits einige wichtige Punkte angesprochen. Wie kann in Mecklenburg-Vorpommern Wohnen im Alter im ländlichen Raum ermöglicht werden? Wie kann analoge Teilhabe in einer zunehmend digitalisierteren Gesellschaft sichergestellt werden und zugleich die digitale Teilhabe für Seniorinnen und Senioren verbessert werden? Wie kann Altersarmut vor dem Hintergrund der durchschnittlich geringeren Einkommen in unserem Land vermieden werden? Wie kann Pflege in einer älter werdenden Gesellschaft gewährleistet und bezahlbar bleiben? Auf diese und weitere Fragen möchten wir im Austausch mit dem Landesseniorenbeirat und den Seniorinnen und Senioren im Land nachhaltige Maßnahmen auf den Weg bringen.

Abschließend möchte ich noch auf einen weiteren wichtigen Aspekt eingehen, der vom Landesseniorenbeirat oft thematisiert wird. Es geht um Generationengerechtigkeit. Ein Punkt, der auch für die CDU stets ein wichtiges Anliegen ist. Ich weiß, dass viele Seniorinnen und Senioren im Land sich Gedanken um die Zukunft ihrer Kinder, Enkel und Urenkel machen und ein starkes Bewusstsein dafür entwickelt haben.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir uns als CDU dafür einsetzen werden, dass der Aspekt der Generationengerechtigkeit bei allen politischen Entscheidungen gewahrt bleibt. Gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels wird dies eine große Herausforderung sein, der wir uns stellen werden. Schließlich können auch seniorenpolitische Aufgaben nur gesamtgesellschaftlich gelöst werden.

*Wolfgang Waldmüller  
Vorsitzender der CDU-Fraktion  
im Landtag MV*

*Fortsetzung auf Seite 6*

## Für einen progressiven Neustart

Die seit Ende 2019 grassierende Corona-Pandemie hat unser Leben einschneidend verändert. In dem Maße, wie das Impfen gegen das Virus Wirkung zeigt, wird die Frage drängender, wie wir zukünftig leben wollen. Allein aus Gründen der Vernunft muss die Antwort lauten: Jedenfalls nicht

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag  
Mecklenburg-Vorpommern

so, wie wir in die Krise hineingeraten sind! Indem Raubbau an unseren natürlichen Lebensgrundlagen betrieben wird, verdrängen wir mikroskopisch kleine Lebewesen aus ihrer angestammten Umwelt, die sich neue Existenzen suchen, vorzugsweise uns Menschen, mit den allseits bekannten verheerenden Folgen. Indem Profite vor Menschen rangieren, zählt der unmittelbare Gewinn, wird danach gegiert, jede menschliche Regung in nackte, bare Zahlung zu verwandeln. Auch dies hat Konsequenzen, etwa die Vernachlässigung erforderlicher Schutzvorkehrungen. Kein Wunder also, dass es zu Beginn der Corona-Pandemie an Intensivbetten mit Beatmungsfunktion, an Schutzausrüstungen und Desinfektionsmitteln fehlte. Wenn Rückkehr in die Normalität bedeuten würde, wieder dort hinzugelangen, wo wir vor der aktuellen Krise waren, würden wir geradewegs in eine neue, weitaus drastischere schlit-

tern. Will das jemand? Da kenne ich zumindest niemanden, der das wollte. Was es braucht, ist ein progressiver Neustart. Unter einem solchen verstehe ich drei zentrale Punkte:

Ein Erster: Dem Lockdown für uns Menschen muss ein Lockdown für Profitgier folgen! Wenn die Aktionärgewinne höher ausfallen als der Wertanstieg aller produzierten Waren und Dienstleistungen, verzehren einzelne Profiteure die Existenzgrundlagen aller. Weil es vor der Corona-Krise bereits seit den 90er Jahren genau so läuft, müssen diejenigen, die vor der Krise und erst recht jetzt in der Pandemie den großen Reibach gemacht haben, der Allgemeinheit etwas zurückgeben, eine Vermögensabgabe. Die trafe 0,1 Prozent der Bevölkerung, auf den statistischen Durchschnitt berechnet und auf Mecklenburg-Vorpommern übertragen, etwas mehr als 1.000 Menschen. Dass sich 1.000 Superreiche gegenüber 1,6 Millionen Menschen solidarisch verhalten, ist das zu viel verlangt? Wohl kaum, wenn man bedenkt, dass sie bei einem Freibetrag von 2 Millionen Euro Vermögen lediglich einmal 10 Prozent von dem abgeben, was sie darüber haben. Ein zweiter Punkt: Wir brauchen die Stärkung des Öffentlichen. Gemeinnutz vor Eigennutz! Die Corona-Pandemie hat uns allen vor Augen geführt, wie im wahrsten Sinne des Wortes lebenswichtig ein gut funktionierendes Gesundheitswesen ist. Es muss für die Patienten da sein und nicht der Geschäftemacherei dienen. Wo wir hinkommen, wenn alles auf Effizienz gebürstet wird, haben wir gerade er-

lebt. Das Gesundheitswesen gehört in die öffentliche Hand. Die Re-Kommunalisierung und damit die Rettung des Krankenhauses Crivitz ist ein erster hoffungsvoller Schritt.

Ein dritter Punkt: Wir brauchen solidarischen Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit! Genau dadurch zeichnet sich eine menschenfreundliche Gesellschaft aus. So braucht es eine gesetzliche Rente, die den Lebensstandard wieder sichert und vor Armut schützt. Hierzu muss als Sofortmaßnahme das Rentenniveau auf 53 Prozent angehoben, die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Alterssicherung für alle Erwerbstätigen und eine solidarische Mindestrente von 1.200 Euro garantiert werden.

In der Pflege gilt es, die Eigenanteile der zu Pflegenden viel drastischer zu reduzieren, als es Bundesminister Spahn von der CDU derzeit anpeilt. Pflegebedürftigkeit darf nicht länger eine Armutsfalle sein. Gebraucht wird hierzu eine Pflegevollversicherung und die Übernahme von Pflegekosten durch das Land. In Mecklenburg-Vorpommern bedürfte es zu Letzterem 95 Millionen Euro. Hier gilt, wie überall: Was politisch gewollt ist, wird auch bezahlt!

Was hindert eigentlich an einem solchen progressiven Neustart? Eigentlich nichts, außer, man geht nicht wählen und überlässt anderen die Entscheidung über das eigene Leben oder man wählt wider die eigenen Interessen. Das wiederum wäre dumm. Und wer ist das schon?

*Torsten Koplín (DIE LINKE)  
Mitglied des Landtags MV*

## Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

### Welche Parteien kommen den Interessen Älterer am nächsten?



Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen – vertritt die Interessen der älteren Generationen in Deutschland. Sie setzt sich für ein aktives, selbstbestimmtes und

gesundes Älterwerden in sozialer Sicherheit ein.

Demografische und gesellschaftliche Entwicklungen verändern die Lebensweisen und -bedingungen in Deutschland tiefgreifend. Das bereits vorhandene regionale Un-

gleichgewicht wird dadurch weiter verstärkt. Deutschland ist durch Vielfalt gekennzeichnet. Mehr als jede und jeder Fünfte hat eine Zuwanderungsgeschichte. Die fort-



schreitende Globalisierung und technologische Entwicklungen werden den Wandel zusätzlich beschleunigen. Die Digitalisierung von Arbeit und Alltag, die wachsenden ökologischen und sozialen Herausforderungen sowie die Attacken, die sich weltweit und auch in Deutschland gegen eine offene Gesellschaft, Multilateralismus und Demokratie richten, betreffen alle Generationen – auch die Älteren und Alten.

Insgesamt ist unser Land leistungsfähig und die Menschen im Land dürfen zuversichtlich sein. Doch die Aufgaben, die in den kommenden Jahren anstehen, sind mehr als Routine. Hinzu kommt, dass der Verlauf und die Konsequenzen der Corona-Pandemie zusätzliche Belastungen mit sich bringen, für alle Generationen. Doch gemeinsam können wir es schaffen. Die Älteren und Alten werden ihren Teil zur Bewältigung der zukünftigen Herausforderung beitragen. Wichtig ist allerdings auch, die richtigen Lehren aus den Pandemie-Erfahrungen zu ziehen.

Die Bundespolitik ist dabei nicht für alles und nicht allein verantwortlich, aber doch von großer Bedeutung. In diesen Wahlprüfsteinen stellt die BAGSO gemeinsam mit ihren Mitgliedsverbänden Fragen an diejenigen im Bundestag vertretenen Parteien, die ihr Verständnis von einer solidarischen und vielfältigen Gesellschaft als Grundlage unserer Demokratie teilen, wie es in den Leitsätzen der BAGSO formuliert ist. Die Fragen beschränken sich dabei im Wesentlichen auf Themen, die die speziellen Interessenlagen älterer Menschen in unserem Land berühren.

## 1. STELLENWERT UND STRUKTUR DER SENIORENPOLITIK

Begleitet u.a. von den Altenberichten der Bundesregierung wird seit Langem darüber diskutiert, wie ein gesundes, aktives und engagiertes Älterwerden gefördert und eine selbstständige Lebensführung mög-

lichst lange erhalten werden kann. Notwendig dafür sind eine verbindliche seniorenpolitische Strategie, die Bereitstellung ausreichender Mittel zu ihrer Umsetzung und die langfristige Sicherung wirksamer Strukturen.

### 1.1 Kommunale Seniorenpolitik stärken

In ihrer Stellungnahme zum Siebten Altenbericht schreibt die Bundesregierung, dass starke, handlungsfähige Kommunen von zentraler Bedeutung sind, um im demografischen Wandel die Politik für ältere Menschen und mit ihnen vor Ort wirkungsvoll weiterzuentwickeln.

- Inwieweit wird sich Ihre Partei im Sinne der Empfehlungen des Siebten Altenberichts der Bundesregierung für eine moderne, zukunftsfähige und verlässlich finanzierte Seniorenpolitik einsetzen und wie soll die Handlungsfähigkeit von Kommunen sichergestellt werden?
- Welche weiteren Maßnahmen sind aus Sicht Ihrer Partei geboten, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen gerade mit Blick auf ältere Menschen sicherzustellen?

### 1.2 Seniorenorganisationen fördern

Die Seniorenarbeit wird in Deutschland im Wesentlichen von Verbänden, Vereinen, Initiativen, Einrichtungen und ihren überörtlichen Zusammenschlüssen getragen. Sie sind die Basis für das freiwillige Engagement von Millionen älterer Menschen.

- Wie werden Sie sicherstellen, dass die für die Seniorenpolitik zur Verfügung stehenden Mittel für die originären Ziele des Bundesaltensplans, insbesondere für die seniorenpolitische Verbands- und Organisationsförderung, verwendet werden?

## 2. RECHTE ÄLTERER MENSCHEN

Die meisten älteren Menschen leben selbstständig und bringen ihre Kompetenzen in unterschiedlicher Art und Weise in die Gesellschaft ein.

Die BAGSO wendet sich gegen die Vorstellung, man könne bestimmte Aufgaben nur bis zu einem gewissen Alter übernehmen. Es gibt aber auch Lebensphasen, meist am Ende des Lebens, in denen Menschen stärker auf Hilfe und Unterstützung anderer angewiesen sind. Vor allem für dieses verletzliche Alter braucht es einen angemessenen rechtlichen Schutz.

### 2.1 Schutz vor Altersdiskriminierung verbessern

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“, heißt es in Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG). Um die Gleichberechtigung zu gewährleisten, sieht dieser Artikel den besonderen Schutz für bestimmte Personengruppen vor, nicht jedoch aufgrund des Lebensalters. Auch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verhindert bislang nicht Benachteiligungen, die an Altersgrenzen festgemacht sind.

- Wie stehen Sie zu einer Aufnahme des Merkmals „Lebensalter“ in Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes und zu einer Erweiterung des Schutzes vor Altersdiskriminierung im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) für den Bereich von Privatgeschäften (z.B. Kfz-Versicherungen, Darlehensvergabe)?

### 2.2 Mitsprache in der stationären Pflege sicherstellen

In der Corona-Pandemie wurden speziell im Bereich stationärer Wohnformen Grundrechte teilweise in unzulässiger Weise eingeschränkt. Eine Mitsprache der Betroffenen war nur in Ausnahmefällen gewünscht.

- Wie können und sollen solche Rechtsverletzungen künftig verhindert werden und wie kann, auch in Krisenzeiten, Mitbestimmung der Betroffenen sichergestellt werden?

### 2.3 Schutz vor Gewalt verbessern

Gewalt in Pflegebeziehungen ist ein tabuisiertes und wenig erforschtes

Thema. Fachleute fordern daher neben Beratungs- und Entlastungsangeboten auch präventive Interventionsmöglichkeiten von Behörden und Gerichten.

- Was plant Ihre Partei zum Schutz von Menschen in verletzlichen Lebenssituationen?

## 2.4 Rechte älterer Menschen in der EU stärken

Um die Rechte älterer Menschen zu stärken, hat die Europäische Union im Herbst 2020 die Ratsschlussfolgerungen „Menschenrechte, Teilhabe und Wohlergehen älterer Menschen im Zeitalter der Digitalisierung“ verabschiedet.

- Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die EU-Ratsschlussfolgerungen umzusetzen?

## 2.5 Sich für eine UN-Altenrechtskonvention stark machen

Weltweit gibt es erhebliche Rechtslücken beim Schutz Älterer. In vielen Ländern mangelt es an sozialer Sicherheit für ältere Menschen, an der Versorgung Pflegebedürftiger und am Schutz alter Menschen vor Gewalt und Missbrauch.

- Unterstützt Ihre Partei die Forderung nach einer UN-Altenrechtskonvention und wie setzt sie sich darüber hinaus dafür ein, die Menschenrechte Älterer weltweit zu stärken?

## 3. ALTERSSICHERUNG

Auch im Fall des Ausbaus und der Weiterentwicklung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge müssen sich die Rentnerinnen und Rentner auf die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung (GRV) verlassen können. Deshalb kommt aus Sicht der BAGSO der Stabilität und Sicherung der GRV auch für die künftigen Generationen eine wachsende Bedeutung zu.

### 3.1 Altersarmut bekämpfen

Über die persönliche Rentenhöhe entscheidet die Lebens- und Berufs-

biografie. Unterbrochene Erwerbsbiografien, Teilzeitarbeit, häufig bedingt durch unbezahlte Sorgearbeit, Tätigkeiten auf Minijob-Basis sowie niedrige Löhne führen – neben einem sinkenden Rentenniveau – zu niedrigen Renten.

- Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um Altersarmut zu bekämpfen?
- Wie können flexiblere Lebensarbeitszeitmodelle entstehen, ohne das soziale Ungleichgewicht in der Alterssicherung zu vergrößern?

### 3.2 Einnahmesituation der Gesetzlichen Rentenversicherung verbessern

Die Alterung der Gesellschaft führt dazu, dass die Zahl der Rentenbeziehenden und -bezieher in den kommenden Jahren weiter steigt und damit auch die Ausgaben der Gesetzlichen Rentenversicherung.

- Mit welchen konkreten Maßnahmen will Ihre Partei die Einnahmesituation der gesetzlichen Rentenversicherung verbessern?
- Welchen Standpunkt vertritt Ihre Partei hinsichtlich einer Anhebung des Renteneintrittsalters?

### 3.3 Betriebliche und private Altersvorsorge stärken

Die mit der Rentenreform verbundene Absicht der Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge ist nach wie vor unbefriedigend und bedarf neuer politischer Impulse.

- Wie steht Ihre Partei zur Einführung einer staatlich geförderten und öffentlich-rechtlich organisierten zusätzlichen privaten Altersvorsorge?

### 3.4 Doppelbesteuerung vermeiden

Derzeit wird darüber diskutiert, inwieweit der Übergang zur nachgelagerten Besteuerung von Alterseinkünften zu einer unzulässigen Doppelbesteuerung führt.

- Wird sich Ihre Partei, beispielsweise durch eine Umkehr der Beweislast, dafür einsetzen, dass eine Doppelbe-

steuerung von Alterseinkünften vermieden wird?

### 3.5 Direktversicherte entlasten

Auf der Grundlage des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes von 2004 werden Renten aus Direktversicherungen derzeit – von kleineren Freibeträgen abgesehen – mit dem vollen Beitrag für die Kranken- und Pflegeversicherung belastet.

- Welche alternative Lösung bietet Ihre Partei, um die Beitragsbelastung für die Kranken- und Pflegeversicherung aus den Einkünften von Direktversicherungen zu senken?

## 4. FREIWILLIGES ENGAGEMENT UND PARTIZIPATION

Das freiwillige und ehrenamtliche Engagement älterer Menschen ist für die Gesellschaft unverzichtbar. Mit der Übernahme von Verantwortung tragen die älteren Generationen aktiv zu einem guten Leben in der Stadt und auf dem Land bei. Aus Sicht der BAGSO bedarf es auch bundespolitischer Maßnahmen, um das Engagement und die Partizipation Älterer zu unterstützen und zu befördern.

### 4.1 Freiwilliges Engagement Älterer fördern

Ältere Menschen wollen sich engagieren und am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

- Welche bundespolitischen Maßnahmen wird Ihre Partei umsetzen, um das freiwillige Engagement und die Partizipation Älterer gezielt zu fördern und „krisenfest“ zu machen?

### 4.2 Flächendeckend hauptamtliche Anlaufstellen schaffen

Eine Engagement unterstützende Infrastruktur muss über hauptamtlich besetzte Anlaufstellen nachhaltig aufgebaut und gesichert werden – flächendeckend, wohnortnah und verlässlich.

- Welche bundespolitischen Maßnahmen plant Ihre Partei, um entsprechende Strukturen zu befördern?

#### 4.3 Teilhabe für alle ermöglichen

Gesellschaftliche Teilhabe muss auch Älteren ermöglicht werden, die aufgrund von Armut, gesundheitlichen Einschränkungen, Migrationserfahrung oder sozialer Isolation benachteiligt sind.

- Wie wollen Sie Menschen in benachteiligten Lebenslagen Zugang zu Engagement und Partizipation ermöglichen?

#### 4.4 Generationenübergreifendes Engagement fördern

Die BAGSO bestärkt Menschen aller Generationen darin, sich zu engagieren und sich am Austausch der Generationen zu beteiligen.

- Was plant Ihre Partei, um den Dialog der Generationen und das generationsübergreifende Engagement bundesweit zu befördern?

#### 4.5 Angebote für lebenslanges Lernen ausbauen

Bildung und lebenslanges Lernen sind die wichtigsten Türöffner und Begleiter für Engagement und gesellschaftliche Teilhabe.

- Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, zeitgemäße Bildungsangebote für ältere Menschen bundesweit auszubauen und die politische Bildung für ältere Menschen – auch durch die Bundeszentrale für politische Bildung – zu stärken?

#### 4.6 Politische Mitwirkung von Älteren fördern

Die mit den demografischen Veränderungen verbundenen Herausforderungen werden ohne die Potenziale der Älteren nicht zu bewältigen sein.

- Welche Maßnahmen sind auf bundespolitischer Ebene geplant, um die gesellschaftliche und politische Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren zu fördern?

### 5. GESUNDHEIT

Gesund älter zu werden ist das Ziel aller Menschen. Dazu braucht es neben Maßnahmen der Gesundheitsförde-

rung und Prävention auch einer bedarfsgerechten medizinischen und pflegerischen Versorgung.

#### 5.1 Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation stärken

Durch Gesundheitsförderung und Prävention können bestimmte Erkrankungen sowie Pflegebedürftigkeit verhindert oder das Fortschreiten von Erkrankungen verlangsamt werden.

- Welche Maßnahmen planen Sie, um Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation speziell für Ältere zu stärken und wie sollen dabei vulnerable Zielgruppen erreicht werden?
- Will Ihre Partei die ambulante und zugehende, mobile Rehabilitation stärken und wenn ja, wie?

#### 5.2 Präventive Hausbesuche bundesweit einführen

Im letzten Koalitionsvertrag wurde die bundesweite Einführung des präventiven Hausbesuches angekündigt, um frühzeitig Pflegebedürftigkeit zu vermeiden.

- Wird Ihre Partei den präventiven Hausbesuch als Angebot für Seniorinnen und Senioren bundesweit einführen und wenn ja, wie wird er ausgestaltet?

#### 5.3 Wohnortnahe Versorgungsstrukturen ausbauen

Voraussetzung für gesundes Älterwerden ist das Vorhandensein von flächendeckenden und wohnortnahen gesundheitsförderlichen, präventiven, kurativen, rehabilitativen und pflegerischen Angeboten.

- Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zum Ausbau wohnortnaher gesundheitlicher, pflegerischer und palliativer Versorgungsstrukturen für ältere Menschen, insbesondere auch in strukturschwachen ländlichen Gebieten und in benachteiligten Stadtteilen?
- Welche Maßnahmen Ihrer Partei zielen darauf, der steigenden Zahl

von Menschen mit demenziellen Erkrankungen bei der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung gerecht zu werden, auch im Krankenhaus?

- Werden Sie sich für eine Delegation und Substitution bestimmter ärztlicher Leistungen an Pflegefachkräfte und die Einführung von Community Health Nurses (Gemeindeschwestern) einsetzen?

#### 5.4 Rolle der Kommunen stärken

Gesundheit wird in erheblichem Maße vor Ort, durch die Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen sowie die gegebenen Strukturen in den Kommunen, bestimmt.

- Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um Kommunen in der Gestaltung gesundheitsförderlicher Verhältnisse zu unterstützen?
- Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Kommunen zukünftig verstärkt bei dem Aufbau zukunftssicherer Versorgungs- und Pflegestrukturen im Rahmen des SGB V und SGB XI mitbestimmen können?

### 6. PFLEGE

Die Corona-Pandemie hat die bereits seit Jahren bestehenden Probleme in der Pflege deutlich sichtbar gemacht. Es zeigte sich, dass eine grundlegende Reform der derzeitigen Pflegestrukturen dringend erforderlich ist.

#### 6.1 Pflegeversicherung weiterentwickeln

Eine bedarfsgerechte Personalausstattung, die Flexibilisierung von Pflegeleistungen sowie die Begrenzung der Eigenanteile sind wesentliche Punkte einer notwendigen Pflegereform.

- Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Pflegeversicherung weiterzuentwickeln und eine flexible Nutzung von Verhinderungspflege und Kurzzeitpflege zu ermöglichen?
- Welche Maßnahmen werden Sie umsetzen, um den Personalmangel

in der ambulanten und stationären Pflege zu beheben?

- Wird Ihre Partei sich für eine Verringerung des von Pflegebedürftigen zu tragenden Eigenanteils einsetzen und wenn ja, wie?

### **6.2 Situation der ambulanten Pflege verbessern**

Die Mehrheit der Pflegebedürftigen wird in der eigenen Häuslichkeit und zu einem Großteil fast ausschließlich von Angehörigen versorgt.

- Durch welche Maßnahmen planen Sie, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu verbessern?
- Unterstützt Ihre Partei die Einführung einer Lohnersatzleistung, also einer Pflegezeit analog zur Elternzeit?
- Viele Betroffene nehmen eine 24-Stunden-Betreuung durch meist osteuropäische Hilfskräfte in Anspruch, für die es aber bislang keine spezielle gesetzliche Regelung gibt. Welche Gesetzesinitiativen planen Sie zur Verbesserung der Situation in der 24-Stunden-Betreuung?

### **6.3 Mehr Mitspracherechte für Betroffene**

Auf die Gestaltung der Pflege haben Betroffene wenig Einfluss, obwohl sie einen erheblichen Teil der Pflegeleistungen selbst zahlen müssen.

- Mit welchen Maßnahmen wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Angehörigenvertretungen und Selbsthilfegruppen bei Entscheidungen zur pflegerischen Versorgung mehr Mitspracherechte erhalten?

### **6.4 Katastrophenschutz und Krisenmanagement verbessern**

Gesundheitliche Krisen, aber auch Naturkatastrophen und andere Notlagen können die nationale Gesundheitssicherheit gefährden. Die Corona-Pandemie hat dies eindrücklich gezeigt.

- Wie will Ihre Partei den Katastrophenschutz und vor allem das Krisenmanagement in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen verbessern?

## **7. WOHNEN UND WOHNUMFELD**

Die große Mehrheit älterer Menschen möchte möglichst lange zu Hause und in der vertrauten Umgebung wohnen bleiben. Um diesen Wunsch Wirklichkeit werden zu lassen, braucht es mehr altengerechte und barrierefreie Wohnungen sowie inklusive Quartiere, eine gut erreichbare Nahversorgung und unterstützende Nachbarschaften.

### **7.1 Bezahlbares Wohnen fördern**

Bezahlbarer Wohnraum ist vor dem Hintergrund der angespannten Lage auf den Wohnungsmärkten nicht ausreichend verfügbar.

- Welche Maßnahmen will Ihre Partei – auch in den Bereichen sozialer Wohnungsbau, selbst genutztes Wohneigentum und genossenschaftliches Wohnen – umsetzen, um bezahlbares Wohnen, insbesondere auch für ältere Menschen, zu fördern?

### **7.2 Wohnungen barrierefrei und altersgerecht ausbauen**

Nur ein geringer Teil der Wohnungen in Deutschland ist barrierefrei und altersgerecht.

- Werden Sie sich für den Erhalt und Ausbau des KfW-Programms „Altersgerecht umbauen“ sowie für die Verstärkung der Zuschussregelung in einem dem Bedarf angemessenen Umfang einsetzen?
- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es flächendeckend Beratungsangebote zur Wohnungsanpassung gibt?
- In welchem Umfang sollen Rückbaupflichten, die bei Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit entstehen, aufgehoben werden?

### **7.3 Barrierefreies Wohnumfeld schaffen**

Das Wohnumfeld muss so gestaltet sein, dass es im Alter eine selbstständige Lebensführung erleichtert und die Vielfalt der Menschen und ihre Bedürfnisse berücksichtigt.

- Wird Ihre Partei dafür sorgen, dass auch Dienstleister wie Ärztinnen und

Ärzte, Apotheken, Banken und Einzelhandel barrierefreie Zugänge schaffen müssen?

- Wird Ihre Partei Hersteller von Haushaltsgeräten gesetzlich verpflichten, ihre Geräte so zu gestalten, dass sie nach dem Zwei-Sinne-Prinzip für alle Personen bedienbar sind?

### **7.4 Quartiere für alle Generationen schaffen**

Lebensqualität im Alter hängt in besonderem Maße von den Umständen am Wohnort ab. Hier entscheidet sich, wie eine gute Versorgung und soziale Teilhabe realisiert wird.

- Welche gesetzlichen Maßnahmen werden Sie auf Bundesebene ergreifen, um die Kommunen flächendeckend in die Lage zu versetzen, lebenswerte, die Vielfalt der Gesellschaft berücksichtigende Quartiere für alle Generationen und tragfähige Unterstützungsstrukturen von älteren und für ältere Menschen zu befördern?

### **7.5 Mobilität sicherstellen**

Mobilität ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.

- Wie wird Ihre Partei eine bezahlbare, barrierefrei zugängliche Mobilität sicherstellen, insbesondere auch in dünn besiedelten Regionen und strukturschwachen Gebieten?

## **8. DIGITALISIERUNG**

Unter dem Einfluss der Digitalisierung verändern sich die Rahmenbedingungen für das Leben und die gesellschaftliche Teilhabe Älterer. Der größte Teil derer, die noch nicht über Kompetenzen zur Nutzung digitaler Angebote und Anforderungen verfügen, ist älter als 60 Jahre. Damit niemand zurückbleibt, muss dem Erwerb dieser Kompetenzen das größte Augenmerk gelten.

### **8.1 Internet als Teil der Daseinsvorsorge anerkennen**

Die Sachverständigenkommission des Achten Altersberichts der Bundesre-

gierung bezeichnet das Internet zu Recht als Basisinfrastruktur.

- Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die digitale Grundversorgung mit Netzausbau, WLAN im öffentlichen Raum und einer Verankerung von sozialrechtlichen digitalen Hilfen im SGB XII Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in ganz Deutschland wird und wie wird das umgesetzt?

### 8.2 Analoge Zugangsmöglichkeiten erhalten

In ihrer Stellungnahme zum Achten Altersbericht fordert die BAGSO die Bundesregierung auf, verbindliche Rahmenbedingungen zum Ausbau digitaler Unterstützungsstrukturen zu schaffen. Digitale Kompetenzen sind mittlerweile häufig auch Voraussetzung für die Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung.

- Wie werden Sie sicherstellen, dass für Personen, die keinen Zugang zu digitaler Kommunikation haben, ana-

loge Zugangsmöglichkeiten erhalten bleiben?

### 8.3 Digitale Teilhabe sozial gerechter gestalten

Unter den neun Millionen älteren „Offlinern“ sind Hochaltrige, Frauen, Alleinlebende, Personen mit geringem Einkommen, mit geringer formaler Bildung und mit Migrationshintergrund überproportional vertreten.

- Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die digitale Teilhabe sozial gerechter zu gestalten?
- Wie werden Sie sicherstellen, dass die Bewohnerinnen und Bewohner von Alten- und Pflegeheimen Zugang zu WLAN erhalten?

### 8.4 Barrierefreie Teilhabe ermöglichen

Barrierefreiheit bedeutet, dass alle Menschen digitale Angebote nutzen können, unabhängig von ihren körperlichen und geistigen Fähigkeiten. Ohne sie kann eine gleichberechtigte

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Menschen mit Behinderung nicht gewährleistet werden.

- Welche Schritte plant Ihre Partei, um den seit 2019 geltenden European Accessibility Act (Europ. Barrierefreiheitsgesetz) voranzubringen, in nationales Recht umzusetzen und somit Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen?

### 8.5 Datenschutz und Datensicherheit verbessern

Der Achte Altersbericht erläutert die ethische Ambivalenz des Einsatzes digitaler Technik. Es müssen dringende Anstrengungen unternommen werden, die Risiken für Verbraucherinnen und Verbraucher im Zusammenhang mit Datenschutz und Datensicherheit zu minimieren.

- Wann und wie will Ihre Partei den Verbraucherschutz verbessern und die europäischen und deutschen Datenschutzregelungen umsetzen?

## 37. Kooperationstreffen des LSB

Der LSB kann bei seiner politischen Arbeit auf die Unterstützung von 28 Kooperationspartnern bauen. Deren Vertreter von Vereinen, Verbänden, Parteien und Interessensvertretungen mit Bezug zu Senienthemen werden alljährlich im Frühjahr zu einem Treffen eingeladen, um eine Tour d'Horizon zu absolvieren, d.h. den Austausch von Informationen und Sachstandsberichten zu betreiben und Anregungen für die weitere Arbeit zu geben. In diesem Jahr musste das Kooperationstreffen in den virtuellen Raum verlegt werden, mit Kamera und Mikrofon vom Schreibtisch des Home Office oder Büros aus mittels Microsoft Teams. Das tat der Sache jedoch keinen Abbruch, und so erhielten die Teilnehmer Erste-Hand-Informationen und konnten über wichtige Tagesordnungspunkte



17 Teilnehmer zählte die Videokonferenz des LSB, die sich ohne größere technische Behinderungen über zwei Stunden erstreckte.

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

wie die Vorbereitung des 12. Altenparlaments und dessen inhaltliche Gestaltung sowie die anstehenden Schwerpunktaufgaben beraten.

Mit größtem Interesse verfolgten die 17 Teilnehmer einen Impulsvortrag der neuen Referatsleiterin im Bereich Pflege des Sozialministeriums M-V, Kerstin Mieth. Durch ihren beruflichen Hintergrund bei der Volkssolidarität verfügt Frau Mieth über detaillierte Kenntnisse zum Thema und konnte zudem aktuelle Daten und Fakten zum Impfgeschehen im Lande liefern.

Sehr sympathisch war ihre offene Einlassung, dass die hermetische Schließung von Pflegeeinrichtungen im Lau-

fe der 1. Corona-Welle falsch war. Für die 2. und 3. Welle habe das Ministerium sich nach Kräften bemüht, unter Abwägung von Maßnahmen zum Schutz der Heimbewohner einerseits und ihrem Schutz gegen Infektion andererseits einen Kompromiss zu finden. Frau Mieth berichtete, dass unter den Pflegekräften zunächst oft große Skepsis gegenüber den ihnen unterbreiteten Impfangeboten gab. Wie aber die heutige Situation zeigt, gibt es inzwischen wesentlich weniger Covid-Ausbrüche in Heimen, die Krankheitsverläufe sind milder bis asymptomatisch, Gruppenangebote sind wieder möglich.

Sie erläuterte zudem, wie es zu den ministeriellen Verfügungen kommt:

Sozialministerin Stefanie Drese lässt sich von einem Expertengremium beraten, das Handlungsempfehlungen z.B. für die Erstellung von Rahmen-Testkonzepten gibt, wobei ständig eine Orientierung an den RKI-Empfehlungen erfolgt.

In der anschließenden, ausgiebigen Diskussion wurden die sattsam bekannten Kritikpunkte Impfstoffmangel und Nicht-Erreichbarkeit der Impfhotline angesprochen. Inzwischen, so Mieth, arbeiteten über 300 Mitarbeiter bei der Hotline und es seien gesonderte Rufnummern für bestimmte Bevölkerungsgruppen eingerichtet worden, was – neben der Erhöhung von Impfstofflieferungen – zu einer Entlastung der Situation geführt habe. ■

## Zwischen den Monaten

### Ereignisse von März bis Mai 2021 in unserem Bundesland unter Mitwirkung des LSB

Am 15. April nahm Bernd Rosenheinrich per Videokonferenz am 1. Workshop eines begleitenden Expertenkreises **Zukunftsvision für den Schienenpersonennahverkehr** und den öffentlichen Personenverkehr in Mecklenburg-Vorpommern teil. Eingeladen hatte die VMV – Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH.

\*

Seit Anfang März vertritt Bernd Rosenheinrich die Interessen des LSB in der wöchentlich immer mittwochs stattfindenden Videokonferenz der **Task Force Corona Soziales** des Sozialministeriums. Im Mittelpunkt stehen aktuelle Informationen zur Coronasituation in M-V und daraus abgeleitet die Inhalte der aktuellen Pflege- und Soziales Corona-VO M-V-Änderungsverordnungen des Landes.

\*

Als Vorstandsmitglied des LSB nahm Brigitte Seifert teil an der Online-Veranstaltung „Digitale Kompetenzen älterer Menschen“ am 28. April. Diese Veranstaltung war die 4. im Rahmen der sechsteiligen Online-Veranstaltungs-

reihe des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zum **Achten Altersbericht**. Die Veranstaltung zeigte praxis- und alltagsnah auf, wie ältere Menschen an digitale Technik herangeführt und in ihrem Alltag bei deren Nutzung unterstützt werden können. So wurde in einem Expertenvortrag erläutert, wie technische Hilfsmittel dazu beitragen können, dass Menschen mit Demenz ihr Leben möglichst lange selbstbestimmt gestalten. Durch smarte Techniken können die Aktivierung und Beschäftigung von Menschen mit Demenz in der eigenen Häuslichkeit erfolgen. Es gibt Anwendungen für Tablets, Smartphones oder PCs, die zum Gedächtnistraining, Spiele oder Musik hören genutzt werden können. Die Veranstaltung wurde über You Tube aufgezeichnet und kann dort auch noch angesehen werden.

\*

Eine Online-Veranstaltung des Deutschen Zentrums für Altersfragen (DZA) befasste sich am 28.4.2021 mit dem Thema „**Alter und Technik**“, an welcher Monika Schmidt teilnahm.

Laut Aussagen gibt es 9 Millionen Senioren, die den Umgang mit der digitalen Technik scheuen. Ihr Standpunkt: „Ich brauche das nicht mehr“. Dabei ist die Digitalisierung eine der zentralen Entwicklungen unserer Zeit und gehört zur Daseinsvorsorge. Zur Aufgabe der Kommunen gehört, den Zugang zu Technik, Bildung, Beratung, Begleitung und wohnortnahe sowie kostenlose niederschwellige Angebote flächendeckend für ihre Bürger vorzuhalten.

Während der Veranstaltung wurden positive Beispiele für die Unterstützung in fünf Bundesländern vorgestellt. U.a. aus unserem Bundesland die Digitalkompass-Standorte mit Helmut Breitag vom Seniorenbüro Schwerin und der Ausbildung von SilverSurfer/Technik-Botschaftern.

In anderen Bundesländern gibt es Projekte wie: „Leben im Alter“ von Marina Sorbe, „Helga hilft“ von Helga Handke aus Rheinland-Pfalz oder die Stiftung „Digitale Chancen“, die kostenlos Leihgeräte zur Verfügung stellt.

Am 5. Mai 2021 fand unter Einhaltung der durch die Coronaverordnung geforderten Bedingungen die **Kassenprüfung** statt. Laut Satzung wurde das Finanzjahr 2020 geprüft. Die Prüfung erfolgte durch die gewählten Kassenprüfer Peter Lundershausen und Dr. Helmut Kreuzer. Die Finanzunterlagen wurden durch die Leiterin der Geschäftsstelle Anett Jepp und den Schatzmeister Jürgen Lorenz

vorbereitet, die auch am Prüfungstag zusammen mit dem Vorsitzenden Bernd Rosenheinrich Auskünfte erteilten.

Geprüft wurde stichprobenmäßig und auf Plausibilität.

Im Protokoll heißt es, die Eintragungen in den Abrechnungsunterlagen und im Kassenbuch wurden ordnungsgemäß und rechnerisch richtig vorgenommen. Alle Rechnungen sind or-

dentlich abgelegt. Die Kontoauszüge waren bei allen vier Konten vollständig und mit entsprechenden Vermerken versehen. Die Kontostände sowie das Postausgangsbuch und der Kassenbestand der Handkasse entsprachen dem vorgelegten Jahresabschluss. Somit wird durch die Kassenprüfer der Mitgliederversammlung die Empfehlung gegeben, den Vorstand für das Geschäftsjahr 2020 zu entlasten. ■

## Zum Tag der Pflege

### Drese für Tarif-Löhne in der Altenpflege

Sozialministerin Stefanie Drese sprach sich anlässlich des Internationalen Tages der Pflege am 12. Mai für eine bessere Bezahlung für Altenpflegekräfte aus. „Dieses Ziel erreichen wir flächendeckend nur durch gesetzliche Vorgaben und eine Tarifbindung“, sagte Drese. Beschäftigte in der Altenpflege sind zu einem erheblichen Teil nicht mit Tarifverträgen abgesichert. Vor allem in den ostdeutschen Bundesländern besteht vielfach keine Tarifbindung. Altenpflegerinnen und Altenpfleger

im Osten erhalten deshalb im Durchschnitt noch immer deutlich weniger Lohn als ihre Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern. Drese betonte gleichzeitig die Notwendigkeit einer durchgreifenden Pflegereform, um höhere Pflege-Löhne und die vielen weiteren Maßnahmen für eine bessere Pflege zu finanzieren. „Ganz oben steht dabei die Deckelung der Eigenanteile der Pflegebedürftigen in den Einrichtungen, der für viele Pflegebedürftige selbst

nach einem langen Arbeitsleben nicht mehr aus eigenen Mitteln zu leisten ist“, so die Ministerin.

Aber auch die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung müsse endlich entschlossen angegangen werden. Drese: „Für mich ist die Reform der Pflegeversicherung der wichtigste Baustein für eine zukunftsfeste Finanzierung der Pflege. Die Pflegeversicherung in ihrer heutigen Form deckt nur einen Teil der rasant steigenden Kosten. Dies muss verändert werden.“ ■

## Medienkompetenzpreise verliehen

### Umsetzung von Medienprojekten unter Pandemiebedingungen gewürdigt

Die Kita „kleines ganz groß“ aus Rostock sowie der Seniorenbeirat der Stadt Gadebusch sind die Gewinner des diesjährigen Medienkompetenzpreises in der Kategorie „Kindheit und Alter“. Sozialministerin Stefanie Drese würdigte am 29. April beide Sieger für ihre herausragenden Projekte der Medienarbeit von und mit Kindern und Senioren und verlieh online die Preise. Der Medienkompetenzpreis wird seit 2006 jährlich durch die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern für vorbildliche Projekte, die nachhaltige und/oder innovative Medienarbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen durchführen, verliehen.

Seit 2020 ist das Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung Preisstifter in der Kategorie „Kindheit und Alter“.

Drese betonte in ihrem Grußwort, dass die Umsetzung von innovativen Medienprojekten unter den anhaltenden Pandemiebedingungen eine außergewöhnliche Herausforderung war. Umso beeindruckender seien die Ergebnisse, die von Lebendigkeit, Kreativität und Solidarität gekennzeichnet sind. „Allen Wettbewerbsteilnehmenden möchte ich meine Anerkennung aussprechen.“

Die Rostocker Kita „kleines ganz groß“ wurde in der Kategorie Kindheit für

ihr Projekt: „Medien mit allen Sinnen erleben“ ausgezeichnet.

„Gemeinsam haben die Kinder die Welt mit Hilfe unterschiedlicher Medien neu entdeckt und wahrgenommen. Egal ob es um einen Ausflug in die analoge und digitale Welt des Programmierens, eine Fotosafari in der Kita oder aber um eine Geräuschejagd mit anschließender Hörspielaufnahme ging, stets standen die vorbehaltlose Neugierde, das Interesse am Forschen und Experimentieren sowie die Wünsche der Kinder im Vordergrund“, sagte Drese in ihrer Laudatio.

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

Das Projekt zeige, dass ein umsichtiger Umgang mit digitalen Medien im pädagogischen Alltag möglich sei und Spaß mache.

Zum Preisträger in der Kategorie „Alter“ sagte Drese: „Das Projekt: „Silver Surfer, ein Weg aus der Einsamkeit“ des Seniorenbeirates der Stadt Gade-

busch zeigt, dass Medien auch im Alter begeistern und Spaß machen können. So wurde aus der coronabedingten Not eine Tugend gemacht und die pandemiebedingte Abstandsregel digital außer Kraft gesetzt.“

Ziel des Projektes war die Befähigung der Teilnehmenden, sicher und unabhängig über digitale Medien in Verbindung zu bleiben und die sozialen

Kontakte aufrecht zu erhalten, so Drese. „Trotz anfänglicher Vorbehalte, altersbedingter Unerfahrenheit sowie räumlicher und technischer Herausforderungen ist dem Seniorenbeirat Gadebusch die Kompetenzvermittlung gelungen und wurden die Teilnehmenden mit viel Sachverstand an die Mediennutzung herangeführt“, verdeutlichte die Ministerin. ■

## Ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe

1.000 zertifizierte Nachbarschaftshelfer in Mecklenburg-Vorpommern

Im Herbst 2019 wurde in Mecklenburg-Vorpommern die ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe zur Unterstützung für Pflegebedürftige im Alltag eingeführt. Ende April erhielt der eintausendste Nachbarschaftshelfer sein Zertifikat über die Absolvierung des erforderlichen Grundkurses.

„Die ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe ist damit ein Erfolgsmodell für unser Land“, betonte Sozialministerin Stefanie Drese zum Jubiläum. „Trotz der Corona-Pandemie ist das Interesse sehr groß und es konnten kontinuierlich, meist online, Schulungen angeboten werden“, so Drese.

Ehrenamtliche Nachbarschaftshelfer\*innen können ausgewählte niedrigschwellige Leistungen zur Unterstützung im Alltag für Pflegebedürftige im Rahmen einer Einzelbetreuung erbringen. Dazu gehören etwa Haushaltshilfen, die Begleitung zum Arzt oder Behörden, Vorlesen und Spazierengehen.

Drese: „Das sind einfache, aber effektive Hilfen, die darauf ausgerichtet sind, pflegebedürftige Personen im Rahmen der selbstständigen Haushaltsführung zu unterstützen sowie deren Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Zudem werden damit pflegende Angehörige entlastet.“

„Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sind eine wichtige zusätzliche Stütze für die Pflege, die ihre Aufgabe in der Nachbarschaft ohne gro-

ße Bürokratie und sehr flexibel wahrnehmen können“, unterstreicht der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der AOK Nordost, Hans-Joachim Fritzen. „Als AOK Nordost haben wir uns mit allen Pflegekassen für diesen neuen Ansatz eingesetzt, damit die bestehenden gesetzlichen Entlastungsmöglichkeiten in der Praxis von den Betroffenen noch einfacher genutzt werden können.“

„Mit 1.000 zertifizierten Nachbarschaftshelfern haben wir, trotz der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie, ein erstes Etappenziel erreicht“, sagt der Güstrower Sozialberater Andreas Nath, stellvertretend für die Pflegeexperten der Pflegestützpunkte in MV.

Bis zum Beginn der Pandemie im Frühjahr des vergangenen Jahres fanden 14 Seminare in Kursveranstaltungen statt. Danach veränderte der folgende Lockdown mit seinen Kontakteinschränkungen die Situation grundlegend. Aufgrund der zeitweiligen Schließung der Pflegestützpunkte wurde zeitnah ein digitales Kursangebot entwickelt, so dass bis Jahresende weitere 47 Schulungen in einer hybriden Form stattfinden konnten.

Seit Jahresbeginn finden die Kurse nun aufgeteilt zwischen den „Servicestellen Nachbarschaftshilfe“ und der AOK Pflege Akademie statt. Dabei beraten die Servicestellen zu Leistungen der Pflegeversicherung und

Netzwerkpartnern, nehmen die Erklärungen zum Nachbarschaftshelfer auf und geben Tipps zur Abrechnung. Sie begleiten und unterhalten den persönlichen Kontakt.

Daneben vermitteln die Dozentinnen der PflegeAkademie der AOK Nordost in Online-Schulungen das Wissen rund um das Thema Pflegebedürftigkeit und sensibilisieren für einen biografie- und bedürfnisorientierten Umgang auf Augenhöhe. Wichtig ist, dass die oftmals älteren Kursabsolventen Hilfe beim digitalen Zugang erhalten, um die Scheu davor abzulegen.

Ein Modell, dass im Praxisalltag ankommt.

Allein im abgelaufenen 1. Quartal erhielten bereits fast 200 Personen trotz des andauernden Lockdowns ihr Zertifikats Nachbarschaftshelfer\*innen. Voraussetzung für ehrenamtliche Nachbarschaftshelfer\*innen ist die Absolvierung eines Grundkurses im Umfang von acht Unterrichtsstunden und die Registrierung bei den Landesverbänden der Pflegekassen in M-V. Unterstützt werden dürfen höchstens zwei anspruchsberechtigte Personen in einem Umfang von insgesamt höchstens 25 Stunden je Kalendermonat mit einer Aufwandsentschädigung von maximal acht Euro je Stunde.

Derzeit sind in M-V etwa 103.000 Menschen pflegebedürftig. Über 75 Prozent von Ihnen werden zuhause betreut. ■

# Volles Programm für Gesundheit

## 5. Landeskonzferenz Sport und Gesundheit des Landessportbundes fand online statt

Unter dem Motto „Gesundheitsziele in Mecklenburg-Vorpommern – Bewegung in jedem Alter, an jedem Ort und zu jeder Zeit“ veranstaltete der Landessportbund M-V vom 19.-27. April 2021 seine 5. Landeskonzferenz Sport und Gesundheit. Erstmals nach der Fixierung der Landesgesundheitsziele – u.a. auch unter Mitwirkung des Landesseniorenbeirats – für alle Lebensbereiche

2019 beschäftigte sich die Konferenz mit deren Umsetzung in die Praxis. Unterstützt wurde die Konferenz durch das Gesundheitsministerium und zahlreiche Wissenschaftler und Experten auf dem Gebiet der Bewegungsförderung in den verschiedenen Altersbereichen. Mit dem Thema „Neue Impulse für die Gesundheitsförderung und mehr Bewegung in der Kommune“ referierte Prof. Susanne Hartung von der Hochschule Neubrandenburg zur Eröffnung der Konferenz. Sie betonte die Bedeutung der kommunalen Aktivitäten insbesondere für die Verhältnisprävention – das Zusammenwirken von Akteuren im Rahmen eines gesundheitsförderlichen Netzwerkes in der Kommune. Am Beispiel des Prozesses im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte zeigte sie auf, wie der Ansatz des



55 Teilnehmer verfolgten online die Vorträge und diskutierten eifrig mit.

Public Health Action Cycle erfolgreich in der Praxis umgesetzt werden kann. Im anschließenden Podiumsgespräch stellten sich Dr. Silke Penning-Schulz vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit, Andreas Bluhm – Präsident des Landessportbundes, Prof. Susanne Hartung und Dr. Dorit Stövhase vom Sportverein „Gesundheitssport Lewitz e.V.“ den Fragen der Teilnehmer. Schwerpunkt war die Bewegungsförderung in kommunalen Strukturen. Fortgesetzt wurde die Tagung mit 2 Workshops zur Förderung der Bewegung im Kindes- und Jugendalter (motorische Defizite, Übergewicht) mit Dr. Mathias Weippert (Uni Rostock) und Dr. Mark Dankhoff (DAK Hamburg). Weitere 3 Workshops zur Förderung der Leistungsfähigkeit und zum Erhalt der Arbeitsfähigkeit bei psychischen Beein-

trächtigungen und für mehr Bewegung im Arbeitsalltag sowie Krebserkrankungen mit Dr. Christian Vogt (Crivitz) und Carlotta Cumming (Deutscher Turnerbund) beschäftigten sich mit den Gesundheitszielen im Arbeitsalter. 2 Workshops zur Bewegungsförderung im Alter bei Demenz (Uschi Wihr, Demenzzentrum Trier) und in der Kommune (Carolin Tegethoff, Landessport-

bund) rundeten die Konferenz ab. Dr. Peter Kupatz (Kindesalter), Kristin Meyer (Arbeitsalter) und Dr. Georg Weckbach (Ältere) sprachen einleitende Worte zu den Workshops. Hier wird nur über die Workshops für die Älteren berichtet:

**Sport bewegt Menschen mit Demenz**  
In diesem Workshop wurden motorische Anregungen und koordinative Aufgabenstellungen aus der Praxis des Demenzzentrums Trier als Hilfe zur positiven Beeinflussung bei demenziellem Geschehen bei Älteren vorgestellt. Dabei wurde besonders hervorgehoben, worauf es bei der Gestaltung von Bewegungsangeboten für Demenzgruppen ankommt. Gemeinsam mit weiteren Personengruppen wie z.B. Teilnehmer\*innen im Reha- und Seniorensport wurden die Bewegungsmöglichkeiten gestaltet. Dabei ist es wichtig, dass Übungsleiter\*innen sensibilisiert und geschult für den Umgang mit ersten Demenzercheinungen bei ihren Teilnehmer\*innen sind. Uschi Wihr beantwortete zahlreiche Fragen. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es erste positive Erfahrungen mit der Einbeziehung von Demenz-Erkrankten. U.a. wurde darüber informiert, dass der Deutsche Tischtennisbund 2020 an einem Projekt des DOSB „Sport bewegt Menschen mit Demenz“ mitwirkt.

Dr. Georg Weckbach  
AG-Leiter Sport und Prävention  
im Landesseniorenbeirat

### Bewegungsförderung im Alter – Kommunale Settings aktiv gestalten

Am Beispiel des Projektes des Landessportbundes „Bewegungsförderung für ältere Menschen in M-V“ wurde gezeigt, wie der organisierte Sport gemeinsam mit Akteur\*innen aus der kommunalen Gesundheitsförderung und der Zielgruppe dazu beitragen kann, die Lebenswelten älterer Menschen bewegungsaktiver zu gestalten. Dabei geht es u.a. um die Ermittlung von Bedarfen, die Schaffung von Zugängen und um die Gestaltung attraktiver gesundheitsfördernder Bewegungsangebote. Im Rahmen des Projektes werden auch die kommunalen Seniorenbeiräte als Partner der Bewegungsförderung einbezogen. Im Rahmen des Workshops vereinbarten der Kreisseniorenbeirat und der Kreissportbund Mecklenburgische Seenplatte den Start in gemeinsames Wirken.

Eine abschließende online-Veranstaltung mit allen Teilnehmern erfolgte nicht. Die Materialien der 5. Landesgesundheitskonferenz werden den Teilnehmern und interessierten Akteuren gerne vom Landessportbund (Email: u.pudschun@lsb-mv.de) zur Verfügung gestellt.

# Grenzen überwinden – eine aktuelle Aufgabe

Nachrichten aus der LAG Senior\*innenpolitik

Im vorletzten Jahr hätte sich keine(r) unserer Mitglieder vorstellen können, wie bald der Umgang mit den digitalen Medien zu einer notwendigen Alltagsgewohnheit werden sollte, ob im beruflichen, organisatorischen oder familiären Umfeld. Seit vielen Monaten sind soziale Kontakte stark eingeschränkt, u.a. weil Kultureinrichtungen wie auch Senioren-Begegnungsstätten geschlossen sind.

Die uns durch den jeweiligen Erkenntnisstand zum Gesundheitsschutz auferlegten Grenzen können wir nicht überschreiten. Dagegen konnten wir jedoch bisherige Grenzen bei der Nutzung der digitalen Technik überwinden oder doch wenigstens verschieben. So fanden zum wiederholten Male unsere Arbeitssitzungen als Videokonferenzen statt. Mitglieder ohne Internet-Zugang nahmen per Telefon teil.

In den Beratungen stand jeweils am Anfang der Austausch über das Befinden der Mitglieder, ihre Erfahrungen aus dem Alltag unter Pandemie-Bedin-

gungen. Daraus leiteten sich auch Folgerungen für die Umsetzung unserer Vorhaben ab, wie wir notwendige Informationen vermitteln und Kontakte erhalten, um erforderliche Unterstützung zu geben. Beraten wurde über die Teilnahme an Aktionen, wie sie unter den aktuellen Bedingungen möglich sind, so zum 1. und zum 8. Mai, sowie die Vorbereitung auf die Zeit nach Aufhebung der Kontaktbeschränkungen. Als Arbeitsgemeinschaft wollen wir uns für die Interessen von Seniorinnen und Senioren über Organisationsgrenzen hinweg gemeinsam mit Sozialverbänden, Seniorenorganisationen der Gewerkschaften und weiteren Organisationen einsetzen.

Einen Impuls dafür gab das Kooperationstreffen des Landesseniorenbeirats vom 19. April 2021. Die inhaltliche Auswertung des Treffens hat in unserer Landesarbeitsgemeinschaft im Rahmen einer Videokonferenz am 5. Mai stattgefunden: Sehen wir die Gemeinsamkeiten in den Zielsetzungen und

das Verbindende mit anderen Organisationen, so lassen sich bisherige Grenzen in der Zusammenarbeit überwinden und uns mit ihnen wirksamer für gute Pflege, attraktiven ÖPNV, bezahlbare Mieten oder armutsfeste Renten eintreten. In der Diskussion wurde der Vorschlag aufgegriffen, die begrenzte Qualität der eigenen Internetseiten zu verbessern, indem wir unsere Standpunkte als Senior\*innen verdeutlichen, sei es zu globalen Problemen, wie etwa der Funktionsweise von Algorithmen bei der Internet-Recherche oder auch zu organisationsinternen Problemen. Die Teilnehmenden unseres Videotreffens verabschiedeten sich mit dem gegenseitigen Wunsch nach Gesundheit. Zur Beeinflussung gesundheitlicher Grenzen konnten die vorgesehenen Empfehlungen des Sportmediziners Stanley Ernest Strauzenberg (1914-2015) nur auf elektronischem Wege nachgereicht werden.

*Klaus Röber, DIE LINKE MV  
LAG Senior\*innenpolitik Rostock*

## Mitarbeit gewünscht

Handbuch zur senior\*innengerechten Gesundheitsförderung im ländlichen Raum

Die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Mecklenburg-Vorpommern e.V. (LVG MV) plant für das Projektjahr 2021 die Erarbeitung eines Handbuchs zur senior\*innengerechten

Gesundheitsförderung im ländlichen Raum. Dieses soll den handelnden Personen in der Fläche Richtlinie und Anleitung sein, um gesundheitsförderliche Maßnahmen und Projekte für ältere Menschen qualitätsgesichert zu planen, durchzuführen und zu evaluieren. Ziel des Handbuchs ist es, den Gedanken qualitätsgesicherter Projektarbeit für die Umsetzer\*innen der Pra-



xis greifbar zu machen und realistische Unterstützung zur Adaption zu geben.

Das Handbuch soll inhaltlich breit gefächert sein und verschiedene Themen und Aspekte beleuchten, wie z.B. gesund-

heitsförderliche Grundlagen, theoretisches und praxisbezogenes Wissen zur Umsetzung von Maßnahmen und Projekten, Hinweise zu Fördermöglichkeiten und Beispiele guter Praxis. Auch ist die Darstellung von mehreren kleinen Musterprojekten angedacht. Diese umfassen einen überschaubaren Zeit- und Finanzrahmen und sind komplett ausgearbeitet, so dass durch die Ak-

teure vor Ort allenfalls lokal relevante Anpassungen vorgenommen werden müssen.

Das Handbuch soll in enger Zusammenarbeit mit Partner\*innen der Seniorenarbeit erstellt werden, um das bisherige Engagement wertzuschätzen und die Realität späterer Anwender\*innen einzubeziehen.

Das fertiggestellte Handbuch soll sowohl als Druckexemplar, als auch als Download für interessierte Umsetzer\*innen zur Verfügung stehen.

*Wer sich an der Erarbeitung des Handbuchs beteiligen möchte, kann einfach per E-Mail ([judith.veit@lv-gv.de](mailto:judith.veit@lv-gv.de)) eine Rückmeldung geben.*

## Vorgestellt: LGMV e.V.

Landesverband der Gartenfreunde Mecklenburg und Vorpommern e.V.

Der Landesverband ist ein Verein zur Förderung der Kleingärtnerei im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Er sieht sich als Dachverband der Kleingärtnerorganisationen auf Kreis- und Regionalebene und vertritt deren Interessen gegenüber der Landesregierung und dem Landtag



von Mecklenburg-Vorpommern. Er ist Mitglied des Bundesverbandes Deutscher Gartenfreunde e.V. (BDG), der die kleingärtnerischen Interessen auf Bundesebene vertritt.

Der Verband gründete sich am 23.06.1990, nachdem sich die Strukturen des ehemaligen VKSK aufgelöst bzw. umgewandelt hatten.

Der Verband zählt zurzeit 15 Regional- und Kreisverbände der Gartenfreunde im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zu seinen Mitgliedern, diese sind wiederum von 942 Vereinen und über 60.000 bewirtschafteten Parzellen, de-



Robert Kröger,  
Vorsitzender des LGMV e.V.

ren Pächtern und Angehörigen getragen. Demnach nutzen über 200.000 Menschen in M-V einen Garten, der im Landesverband organisiert ist.

Der Zweck des Verbandes ist also, das Kleingartenwesen zu erhalten und seine Zukunft zielbewusst zu wahren. Der Verband ist zwar parteipolitisch

neutral, aber natürlich ist er nicht unpolitisch. Dies geht bereits aus dem genannten Zweck hervor. Der Landesverband ist die politische Lobby der Kleingärtner auf Landesebene. Er baut einen Draht zur Landespolitik und zur Regierung auf, um dort immer wieder auf die Probleme und Missstände im Lande aufmerksam zu machen. Das wird praktisch geleistet u.a. durch die direkte Kontaktaufnahme des Vorstandes mit Entscheidungsträgern wie z.B. dem Innenminister in Sachen Kommunalabgaben. Eine wichtige Aufgabe ist auch die Mitarbeit von Vorstandsmitgliedern in beratenden Gremien wie z.B. dem Landeskleingartenausschuss.

Jeder Kleingärtner stärkt durch seine organisierte Mitgliedschaft den BDG und damit seine Lobby auf Bundesebene. Damit sorgen die organisierten Gartenfreunde mittelbar für den Erhalt des Bundeskleingartengesetzes.

Weitere Informationen zum Landesverband unter [www.gartenfreunde-mv.de](http://www.gartenfreunde-mv.de).

Roland Kröger  
Vorsitzender LGMV e.V.

## Die soziale Errungenschaft Kleingarten

### Offener Brief des Landesverbandes der Gartenfreunde

Das Bundeskleingartengesetz ist ein deutsches Gesetz die Kleingärten betreffend.

Das Bundeskleingartengesetz ist eine soziale Errungenschaft, die es Menschen ohne viel Vermögen und hohem Einkommen ermöglicht, für einen vergleichsweise geringen Pachtzins einen Garten zu bewirtschaften. Die Pacht darf höchstens den vierfachen Betrag der ortsüblichen Pacht im erwerbsmäßigen Obst- und Gemüseanbau, bezogen auf die Gesamtfläche der Kleingartenanlage, betragen. Ein Drittel der Pachtfläche sind dem Anbau von Obst und Gemüse vorbehalten. Es handelt sich hier also nicht um Freizeit- und Erholungsobjekte oder Ferien- und Zweitwohnungen.

Im § 20 a sind die Überleitungsregelungen aus Anlass der Herstellung der Einheit Deutschlands formuliert, um den Regelungen und Besonderheiten im Kleingartenwesen

der DDR Rechnung zu tragen. So wurden in den 80er Jahren neue Anlagen mit fließend Wasser und Strom in den Lauben und entsprechenden Abwassersystemen, wie Zweikammerklärgruben oder abflusslosen Sammelgruben von den Behörden genehmigt.

Durch die unteren Wasserbehörden wurde dann ohne Vorgabe einer speziellen Entsorgungsart die Gewährleistung einer dem Stand der Technik entsprechenden Abwasserentsorgung zum 31.12.2013 gefordert. In den Kleingartenanlagen waren die Pächter aufgefordert, dem Rechnung zu tragen. Die bisherigen genehmigten Zweikammerklärgruben entsprachen nicht mehr den neuen Erfordernissen. Die Verunsicherung unter den Kleingärtnern war sehr groß. Können wir uns dies alles noch leisten? Mit viel Aufwand wurden Gruben saniert, abflusslose Sammelgruben errichtet. Einige gaben aber auf Grund

kleiner Renten oder Hartz IV auch auf. Für die sanierten Sammelgruben war ein Dichtenachweis erforderlich. Für Kleingärten wurden vom Landwirtschaftsministerium Empfehlungen für eine vereinfachte Dichteprüfung herausgegeben, durch den Landesverband ehrenamtliche Dichteprüfer qualifiziert und geeignete Prüfgeräte angeschafft. Die Prüfungen erfolgten zu einem sozial vertretbaren Preis zur Finanzierung der Geräte und einer kleinen Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen Dichteprüfer. Nun sollen diese regelmäßig fälligen Nachprüfungen von Unternehmen auf dem Markt ausgeführt werden. Deren Preise übersteigen die üblichen jährlichen Ausgaben für einen Kleingarten. Damit stehen wieder Kleingärtner vor der Frage, ihren Garten aufzugeben, da sie sich diesen nicht mehr leisten können. Dies betrifft wieder in erster Linie die älteren Pächter.

Im Beschluss „Altersarmut in M-V vermeiden“ des 11. Altenparlaments wird besonders auf die wachsende Altersarmut und deren Konsequenzen verwiesen. Daran wird auch die ab 1.1.2021 mögliche Grundsicherung nicht viel ändern.

In einem offenen Brief des Landesverbandes der Gartenfreunde an den Minister für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern Till Backhaus wird deshalb zu diesem Thema ausgeführt:

*„Im Moment fühlen wir uns von der Landesregierung mit unseren Problemen allein gelassen:*

*Wir sprachen bereits in vergangenen Jahren über das unsägliche Problem mit den abflusslosen Sammelgruben. Hier werden die Gartenfreunde zunehmend im Stich gelassen. Ihre zuständige Behörde verweist für Nachprüfungen auf den freien Markt. Dieser ist jedoch nicht interessiert oder in der Lage, reihenweise Sammelgruben in Kleingartenanlagen auf Dichtigkeit zu überprüfen. Der Landesverband hat mit seinen ausgebildeten Dichtheitsprüfern in den vergangenen 8 Jahren sehr gute Arbeit geleistet und so erheblich dazu beigetragen, dass kein Abwasser illegal eingeleitet wird. Unsere Prüfer brauchen Nachwuchs, eine Ausbildung wollen wir in Eigenregie durchführen. Unlängst hat Ihre Behörde einem entsprechend befähigten Ausbilder untersagt, eine solche Ausbildung durchzuführen.*

*Auf unser Schreiben erhielten wir eine in unseren Augen in der Wortwahl unangemessene Antwort.“*

Gerade in der Zeit der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig Kleingärten gerade für ältere Menschen sind. Soziale Kontakte konnten unter Einhaltung der Abstandsregeln gepflegt, der Vereinsamung entgegengewirkt werden. Der Aufenthalt im Freien und eine körperliche Betätigung konnten ohne zusätzliche eigene Gefährdung ausgeübt und psychische Belastungen verringert werden. Das Bundeskleingartengesetz ist eine soziale Errungenschaft. Das soll auch in Zukunft so bleiben.

*Bernd Rosenheinrich*

## Tag der älteren Generation

### Senioren-Union zum internationalen Aktionstag

Am 7. April 2021 fand der internationale Aktionstag der „Älteren Generation“ statt. Dieser Tag dient seit 1968 dazu, auf die besondere Situation und Belange der Senioren\*innen aufmerksam zu machen und wird seitdem jedes Jahr begangen. Auch die Senioren-Union der CDU würdigte diesen Tag und widmete ihr besonderes Augenmerk der Situation älterer Menschen.

Gerade die ältere Generation ist durch die Summe ihrer Erfahrungen, aber auch durch ihre Weitsicht und ihr Wissen unverzichtbar für unsere Gesellschaft, erklärte die Senioren-Union.

Der prozentuale Anteil der Senioren\*innen wächst stetig. Dies liegt neben der sinkenden Geburtenrate vor allem an der gestiegenen Lebenserwartung, welche einer größeren Zahl von Menschen einen längeren

Lebensabend beschert. Ältere Menschen haben dank ihrer Erfahrung oft eine positivere Lebenseinstellung und sind glücklicher als jüngere. Sie können Situationen und zwischenmenschliche Beziehungen besser einschätzen und mit Spannungen und Stress leichter umgehen.

Die ältere Generation zeichnet sich heute durch Individualität und Vielfalt aus. Das eigenständige Leben in Beruf und Familie geht über in einen selbstbestimmten Lebensabschnitt, in dem neu gewonnener Freiraum für vielfältiges gesellschaftliches, ehrenamtliches und familiäres Engagement genutzt wird.

Schon Konrad Adenauer sagte: „Die Erfahrungen sind wie Samenkörner, aus denen die Klugheit emporwächst!“ Nutzen wir diese!

„Wir sehen als Senioren-Union unsere Aufgabe darin, die Lebenserfahrungen von Senioren\*innen in Politik und Gesellschaft einzubringen. Wir kennen die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit, wissen um die Probleme des demografischen Wandels und wollen auf dieser Basis Entscheidungsprozesse mitgestalten“ sagt der Bundesvorsitzende der Senioren, Prof. Dr. Otto Wulff. Die ältere Generation zeigt nicht nur durch überdurchschnittliche Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen ein hohes politisches und gesamtgesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein. Senioren\*innen setzen in allen Bereichen klare Zeichen für die Werte unserer Gesellschaft.

*Walter Heinrich*

*CDU-Senioren-Union, Schwerin*

# Täglicher Live-Chat zum Thema Demenz

Online-Beratung für Angehörige über die Homepage

Menschen, die Angehörige mit der Diagnose Demenz betreuen, fühlen sich oft allein gelassen und überfordert. Kann ich meinen an Demenz erkrankten Vater tagsüber allein zu Hause lassen? Lässt sich die schleichende Erkrankung aufhalten? Wie gehe ich mit Verhaltensauffälligkeiten um? Wie organisiere ich die Pflege? „Die Fülle an Herausforderungen kann sehr belasten, vor allem, wenn man selbst noch berufstätig ist“, sagt Viola Härtelt. Die 63-Jährige aus Carlshof bei Teterow berät Hilfesuchende seit Jahresbeginn im Live-Chat der Deutschen Alzheimer Gesellschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Wochentags sitzt sie täglich von 18.00 bis 20.00 Uhr vor dem Notebook und beantwortet Fragen rund um die Pflege von Menschen mit Demenz. Die Probleme, Sorgen und Nöte sind so facettenreich und individuell wie die Erkrankung. „Viele sind einfach froh, dass sie mal ihr Herz ausschütten können und auf jemanden treffen, der Verständnis für sie aufbringt“, erzählt Viola Härtelt. Sie selbst betreut seit fünf Jahren ihren Mann, der durch eine schwer verlaufende Demenzerkrankung in dieser Zeit „enorm abgebaut“ hat. Die ehemalige gemeinsame Tierarztpraxis hätten sie zum Glück rechtzeitig aufgegeben. Heute sitze ihr Mann im Rollstuhl und müsse „mobilisiert“ werden. Für sie auch eine körperliche Belastung. Aber sie hat die Aufgabe für sich angenommen, um für das Wohlergehen ihres Mannes zu sorgen. „Wie es so schön heißt, in guten wie in schlechten Zeiten“, sagt Viola Härtelt. „Ich lebe heute sein Leben.“ Natürlich sei dies ein „Lernprozess“ und falle gerade anfangs schwer. Aber es bringe nichts, sich aufzuregen oder zu sträuben, wenn im Alltag mal wieder alles schiefläuft. „Gelassenheit ist wichtig, einfach Zupacken.“ „Viola Härtelt ist genau die Richtige für unser neues abendliches Online-Chat-



**Deutsche Alzheimer Gesellschaft  
Landesverband  
Mecklenburg-Vorpommern e.V.  
Selbsthilfe Demenz**

Projekt. Sie beweist Einfühlungsvermögen für die Sorgen anderer, weil sie diese aus Erfahrung kennt“, sagt Kathleen Schluricke, Koordinatorin beim Landesverband der Deutschen Alzheimer Gesellschaft in Rostock. Auf Landesebene ist die Alzheimer Gesellschaft die einzige Selbsthilfeorganisation im Bereich der Pflege und Sorge, die sich um Men-



*Viola Haertelt mit ihrem Mann*

schen mit Demenz und deren Angehörige kümmert und ihnen zur Bewältigung des Alltags ein breites Hilfsangebot anbietet. Rund 35.000 Menschen leben in Mecklenburg-Vorpommern derzeit mit einer Demenz. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist mit einer weiter steigenden Zahl zu rechnen. Der Landesverband der Deutschen Alzheimer Gesellschaft M-V, der sich 2008 gründete, hat auf seiner Homepage [www.alzheimer-mv.de](http://www.alzheimer-mv.de) viele wichtige Informationen für Interessierte zusammengetragen. Darüber hinaus lohnt es sich, in der Geschäftsstelle anzurufen oder vorbeizuschauen. „Am effektivsten bleibt für die meisten Betroffenen die persönliche Beratung“, weiß Koordinatorin Kathleen Schluricke. Ob im individuellen Gespräch vor Ort oder am Telefon, die Mitarbeitenden in der Geschäftsstelle kümmern sich gern. „Nicht alle Fragen

können wir beantworten. Aber wir versuchen, mögliche Lösungswege aufzuzeigen, Partner und Hilfe zu vermitteln.“ Die Idee, einen zusätzlichen Online-Beratungs-Chat in den Abendstunden einzurichten, lag auf der Hand, erzählt Kathleen Schluricke. Viele pflegende Familienangehörige seien berufstätig oder den Tag über mit der Pflege befasst, so dass erst am Abend Zeit sei, sich ausführlich zu informieren und sich auf die Suche nach Hilfs- und Unterstützungsangeboten zu machen. Deshalb wurde zu Jahresbeginn 2021 diese Chat-Möglichkeit geschaffen. Der allabendliche Live-Chat ist auf der Homepage über das entsprechende Icon (Symbol) rechts unten am Bildschirmrand zu aktivieren. Es können auch Kontaktdaten und eine Nachricht hinterlegt werden.

Gemeinsam mit der Techniker Krankenkasse (TK) soll darüber hinaus ein sogenannter Chatbot entstehen. Dabei steht der Begriff „bot“ für Roboter. „Die Digitalisierung eröffnet neue Möglichkeiten, um das Beratungsangebot noch weiter auszubauen. Auf die wichtigsten wiederkehrenden Fragen zur Demenz antwortet dann außerhalb von Arbeitszeiten ein automatisierter Sprachservice“, erklärt Manon Austenat-Wied, Leiterin der TK-Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern. „Als Krankenkasse setzen wir auf moderne zusätzliche Serviceangebote und hoffen, die Lebensqualität von Menschen mit Demenz verbessern zu können.“

*Deutsche Alzheimer Gesellschaft LV  
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,  
Selbsthilfe Demenz, Schwaaner Land-  
straße 10, 18055 Rostock.  
Homepage: [www.alzheimer-mv.de](http://www.alzheimer-mv.de)  
Telefon: 0381/20 87 54 00.*

# Tatort Tanzfläche

## 25 Jahre Landesverband MV

Es wäre alles so schön gewesen! Bereits im Jahr 2019 liefen die Vorbereitungen für unser Jubiläum, denn im Oktober vorigen Jahres wurde unser Verband 25 Jahre alt, und das wollten wir Senioren am 17.10.2020 kräftig feiern. Die Einladungen waren verschickt. Über 100 Mitglieder hatten sich angemeldet. In Kühlungsborn, im Moravia Hotel, wollten wir Tänzerinnen und Tänzer ausgiebig das Tanzbein schwingen.



*Tanzen ist Inbegriff von Geselligkeit und Lebensfreude, in jedem Alter.*

Foto: Frank Steltner

Doch ein Virus mit dem Namen SARS-CoV-2 machte unsere Planungen zunichte.

25 Jahre – ein Vierteljahrhundert. Einige Mitglieder fragen sich, wie gründet sich ein Verband, der heute in unserem Bundesland über 200 Mitglieder zählt. Die Gründung eines Seniorenvereins an der Universität Rostock durch Jutta Leipner war quasi die Keimzelle. Im Jahr 1992 reisten einige Mitglieder des Vereins zum 3. Deutschen Seniorentag nach Berlin, der unter dem Motto „Ältere Menschen – neue Perspektiven“ stand. Im Rahmen dieser Veranstaltung stellte die Vorsitzende des Bundesverbandes Seniorentanz e.V. (BVST e.V.) den Seniorentanz vor und suchte Partner im Osten. Ein Anfang war getan und mit viel Engagement an Vorarbeit konnte am 7. Oktober 1995 der Landesverband Mecklenburg-Vor-

pommern gegründet und der erste Vorstand gewählt werden.



ErlebniSTanz, so heißt unsere Tanzart seit nunmehr sechs Jahren. Mit dem Namen signalisieren wir, dass es nicht nur eine Tanzform für „alte Leute“ ist. In M-V treffen sich die Tänzerinnen und Tänzer in über 70 Gruppen, um eine Vielfalt von Tanzformationen kennenzulernen, zu denen auch das Tanzen im Sitzen gehört. Getanzt wird nach internationaler Musik. Unser Bestreben ist, durch das Tanzen Beweglichkeit, Kondition, Koordination, Reaktion und Konzentration zu fördern. Die Freude am Mitmachen, das gesellige Beisammensein und ein fröhliches Mitein-

ander stehen dabei im Vordergrund und sorgen durch entstehende soziale Kontakte für mehr Lebensqualität. Sie können als Einzelperson oder als Paar kommen und werden ganz selbstverständlich in die Gruppe integriert. Die Leiter\*innen, die unsere Gruppen betreuen, wurden vom BVST e.V. in der Tanzarbeit für Senioren entsprechend ausgebildet.

Beim BVST e.V. besteht weiterhin die Möglichkeit, ein

Zertifikat als Abschluss einer qualifizierten Ausbildung zum/zur Tanzleiter\*in Seniorentanz zu erlangen. Vorkenntnisse für diese Ausbildung sind nicht erforderlich. Natürliches Gefühl für Rhythmus und Freude an tänzerischer Bewegung, sowie die Bereitschaft, sich für ältere Menschen in unserer Gesellschaft einzusetzen, sind die einzigen Voraussetzungen.

Der BVST e.V. bietet zusätzlich ein umfangreiches Angebot an Seminaren, Weiterbildungsveranstaltungen und Tanzfreizeiten an.

Jede\*r kann mitmachen! Jede\*r kann mittanzen! Alle sind herzlich willkommen!

Informationen erhalten Sie unter der Tel. Nr. 0152/52 07 90 97 oder per E-Mail: [veranstaltungen-mv@erlebnis-tanz.de](mailto:veranstaltungen-mv@erlebnis-tanz.de)

*Rosa Rongsted, Vorstandsmitglied des Landesverbandes M-V ErlebniSTanz*

# Die unendliche Geschichte

## Ostrentnerinnen warten noch immer

30 Jahre nach der Wende werden Ostrentner weiterhin benachteiligt und um ihre Rentenansprüche betrogen. Auch in dieser Legislaturperiode sind keine Zahlungen zu erwarten. Eisenbahner, Bergleute, Ingenieure,

Postmitarbeiter, Krankenschwestern, Spitzensportler, Professoren oder Balletttänzerinnen fordern Rentenleistungen aus ihren Zusatzaltersversicherungen. Diese wurden schlichtweg im Einigungsvertrag vergessen. Hin-

zu kommen Leistungen für in der DDR geschiedene Frauen. Nun wird dazu außerhalb des Rentenrechts ein Entschädigungsfonds mit einer Lauf-

*Fortsetzung auf Seite 23*



Vitanas



Länger  
besser  
leben!

# LIEBEVOLLE UND QUALIFIZIERTE PFLEGE

Wir bieten: Kurz- und Langzeitpflege | Spezielle Wohnbereiche für Menschen mit Demenz | Verhinderungspflege | JuP (Junge Pflege) | Probewohnen  
Mitbringen Ihrer privaten Möbel | Reinigungsservice für Ihre Wäsche  
Abwechslungsreiches Freizeitangebot | Ausflüge in die Umgebung  
Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer herzlich willkommen  
Wir kochen täglich frisch für Sie

**RUFEN SIE AN ODER KOMMEN SIE VORBEI.  
WIR BERATEN SIE GERNE PERSÖNLICH.**

**Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark**  
Am Tierpark 6 | 17373 Ueckermünde  
☎ (039771) 201 - 0 | [www.vitanas.de/amtierpark](http://www.vitanas.de/amtierpark)

**Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark**  
Neustrelitzer Straße 40 | 17033 Neubrandenburg  
☎ (0395) 563 98 - 0 | [www.vitanas.de/amkulturpark](http://www.vitanas.de/amkulturpark)

**Vitanas Generationenhaus Am Kulturpark**  
Neustrelitzer Straße 28 | 17033 Neubrandenburg  
☎ (0395) 425 62 - 100 | [www.vitanas.de/amkulturpark](http://www.vitanas.de/amkulturpark)





**VORSICHT BETRUG!**

**WARNUNG VOR SCHOCKANRUFEN**

**NEIN!** Sie haben nicht im Lotto gewonnen! Niemand muss den Transport des Gewinns bezahlen!

**NEIN!** Ihr Enkel hatte keinen Unfall! Er muss nicht mit einer Kautions aus dem Gefängnis geholt werden!

**NEIN!** Ihr Enkel braucht kein Geld für ein Haus! Niemand muss den Notar sofort bezahlen!

**NEIN!** Diebe haben keine Liste mit Ihrem Namen! Die Polizei wird auf keinen Fall Ihr Geld sicherstellen!

Bei so einem Anruf:



**110**



**Mehr Infos und Hinweise:**

» [www.polizei.mvnet.de](http://www.polizei.mvnet.de)

» [www.polizei-beratung.de](http://www.polizei-beratung.de)



zeit von fünf Jahren eingerichtet, wie aus einem Eckpunktepapier hervorgeht. Der Fonds soll je zur Hälfte vom Bund und den 16 Bundesländern finanziert werden.

Für noch lebende Betroffene ist eine einmalige „symbolische“ Zahlung vorgesehen, unabhängig von errechneten bisherigen Verlusten. So dürfen nur Personen einen Antrag stel-

len, die in der Nähe der Grundsicherung liegen bzw. hochbetagt sind. Geschiedene Frauen, so ist geplant, werden nur bis zum Geburtsjahrgang 1951 berücksichtigt, müssen 10 Jahre ununterbrochen verheiratet gewesen sein und mindestens ein Kind großgezogen haben.

Ca. 300.000 in der DDR geschiedene Frauen leben noch, so der Verein der

in der DDR geschiedenen Frauen. Die Hälfte lebt von 800 Euro Rente monatlich. Erste Anträge können wohl Ende 2022 gestellt werden.

Erinnern wir uns, Zahlungen für die Autoindustrie wurden wesentlich schneller entschieden. Ein Trost, falls vorher die biologische Lösung eintritt, soll die Zahlung vererbbar sein.

*Bernd Rosenheinrich*

## Der Opfer gedenken, Erinnerung wachhalten

Ministerpräsidentin Schwesig zum Gedenken an den 8. Mai 1945

Der 8. Mai ist ein wichtiger Tag in der deutschen Geschichte. Die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 gilt als Beendigung des 2. Weltkriegs in Europa.

„Für die meisten Menschen war der 8. Mai 1945 ein Tag der Freude und Erleichterung. Endlich war dieser furchtbare Krieg vorbei. Die Menschen konnten wieder Hoffnung schöpfen. Und viele beteiligten sich schon bald am Wiederaufbau des Landes.“

Wir dürfen nie vergessen: Der 2. Weltkrieg war ein von Deutschland entfachter, verbrecherischer Angriffskrieg, der viele Millionen Tote forderte und Zerstörung in ganz Europa hinterließ. Wir gedenken jedes Jahr am 8. Mai der Millionen Frauen, Männer und Kinder, die gequält und ermordet wurden, Bomben zum Opfer fielen, im Kugelhagel starben oder verhungert sind. Es bleibt unsere Verantwortung, die Erinnerung an das dunkelste Kapi-

tel deutscher Geschichte als Mahnung für nachfolgende Generationen wachzuhalten und vor allem dafür zu sorgen, dass so etwas nie wieder geschieht“, erklärte die Ministerpräsidentin im Vorfeld des Gedenktages. Seit 2002 ist der 8. Mai Landesgedenktag in Mecklenburg-Vorpommern und wird als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges begangen. ■

## Vor 80 Jahren

Überfall auf die Sowjetunion

Vor 80 Jahren, am 22. Juni 1941, fielen die Soldaten der faschistischen Wehrmacht in der Sowjetunion ein. Das düsterste Kapitel des deutschen Vernichtungsfeldzuges, das Unternehmen „Barbarossa“ begann. Mordend und brandschatzend, Menschen abschlachtet zogen sie durch das Land. Neben immensen wirtschaftlichen Verlusten und Schäden durch das Hinterlassen verbrannter Erde hatte die Sowjetunion 27 Millionen Tote, über die Hälfte Zivilisten, zu beklagen. Grauenhaft die gezielte Massentötung, das Verhungernlassen von mehr als einer Million Lenin-grader Männern, Frauen und Kinder.

30 Jahre später in persönlichen Gesprächen mit jungen Sowjetbürgern und ehemaligen Soldaten der Roten Armee wurde mir das ganze Ausmaß des Grauens erst bewusst. Fast keine Familie, die keine Opfer zu beklagen hatte. Ehemalige Sowjetsoldaten berichteten, dass fast ihre gesamte Familie, überwiegend Zivilisten, ausge-

löscht wurde. Wie fühlt man sich da im Angesicht mit diesen Menschen? Kein Vorwurf, kein böses Wort, keine Schuldzuweisung von ihnen.

Nach Informationen der Bundesregierung wird es in Deutschland keine staatlichen Gedenkveranstaltungen aus Anlass des Überfalls auf die Sowjetunion vor 80 Jahren geben. Was ist das für eine Botschaft an die noch lebenden Kriegsveteranen der damaligen Völker der Sowjetunion? Ich schäme mich dafür. Was ist das für ein Zeichen an die heutige junge Generation?

Stattdessen schickt zur gleichen Zeit das größte NATO-Manöver in Europa nach dem kalten Krieg, „Defender-Europa 2021“ nahe der russischen Grenze „liebe Grüße nach Moskau“. 28.000 Soldaten aus 26 Ländern werden nach Osten verlegt. Mit dabei dürfen auch 430 deutsche Soldaten sein.

*Bernd Rosenheinrich*

## BLICK ZUM NACHBARN – BRANDENBURG

## Auszeichnung für Seniorenrätin aus Brandenburg

Freiwilliges Engagement ist das Fundament unserer solidarischen Gesellschaft. Gerade jetzt wird uns wieder bewusst, wie wichtig es ist, dass sich Menschen füreinander einsetzen. Stellvertretend für alle sozial engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich tagtäglich als Kümmerer, Ideengeber und Vorreiter verdient machen, spricht Hubertus Heil, Bundesminister für Arbeit und Soziales, alle zwei Jahre einigen von ihnen seine besondere Anerkennung aus.

Bundesminister Hubertus Heil hatte dem Bundespräsidenten engagierte Bürgerinnen und Bürger für das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland – und damit für die Erstauszeichnung von insgesamt acht Stufen des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland – vorgeschlagen.

All diese Menschen haben sich kontinuierlich über einen längeren Zeitraum um die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe benachteiligter oder älterer Mitmenschen besonders verdient gemacht. Der Bundespräsident ist den Vorschlägen gefolgt und hatte am 13. April 2021 die Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Im Rahmen einer feierlichen Ehrung am 4. Mai 2021 hat der Bundesminister vier Ordensträgerinnen und Ordensträgern den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland persönlich überreicht. Zu den derart Ausgezeichneten gehört auch die Vorsitzende des Seniorenrates der Stadt Ketzin an der Havel, Dr. Thea Hoedt. Seit der Gründung des Seniorenrates der Stadt Ketzin an der Havel Ende des Jahres 2005 steht Dr. Thea Hoedt an dessen Spitze. Sie initiiert und be-

gleitet regionale Netzwerke aus ehrenamtlich Engagierten und professionellen Akteuren, die gemeinsam an besseren Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben im Alter arbeiten.

Über die Jahre organisierte und unterstützte Dr. Thea Hoedt viele Veranstaltungen im Rahmen der Bran-

wirken bis heute nach, ein großer Erfolg für die Seniorinnen und Senioren. Neben der Realisierung einer Prioritätenliste zum Straßen- und Wegebau, der Anbindung der Stadt an den Regionalzug nach Berlin, Verkehrsteilnehmerschulungen und Wohn- und Demenzberatung wurden auch Ideen für kulturelle Veranstaltungen verwirklicht.

Auch in der jüngeren Vergangenheit konnten mit Hilfe des Engagements von Dr. Thea Hoedt wieder zwei neue Projektideen realisiert werden.

Am Dorfgemeinschaftshaus Falkenrehde wurde eine Bocciabahn errichtet, die von Bürgerinnen und Bürgern jeden Alters gern genutzt wird. Außerdem wurden Lesungen zu „Literarischen Spaziergängen“ für Seniorinnen und Senioren Wirklichkeit, was wieder ein Stück mehr Abwechslung und Lebensqualität in den Seniorenalltag bringt.

Dr. Thea Hoedt brachte die Seniorenarbeit aber auch strukturell voran und etablierte neben einem Seniorenbeauftragten ein Mitspracherecht bei Entscheidungen der Stadtverordneten der Stadt Ketzin an der Havel.

Im Vorstand des Kreissenorenbeirates Havelland erreichte sie gemeinsam mit Gleichgesinnten, dass der Kreissenorenbeirat in die Hauptsatzung des Landkreises Havelland aufgenommen wurde.

Dr. Thea Hoedt nutzt Plattformen wie das Innovationsbündnis Havelland oder das Demografie-Forum Havelland zur Vernetzung und Umsetzung eines aktivierenden Seniorenangebotes und gestaltet damit aktiv die Planungsprozesse für die soziale Infrastruktur des Landkreises mit.

Die meisten Ergebnisse konnten durch die Stadt realisiert werden und



*Dr. Thea Hoedt erhielt den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland.*

denburgischen Seniorenwoche sowie Wanderungen, Begegnungen mit Partnergemeinden und vieles mehr. Hervorzuheben ist das Bundesmodellprojekt „Aktiv im Alter – Alter schafft Neues“, für das die Stadt Ketzin an der Havel im Jahr 2009 ausgewählt wurde.

Für die zweijährige Arbeit am Projekt standen 10.000 Euro zur Verfügung. An dem Projekttag „1.000-Wünsche-Box“ beteiligten sich 56 Bürgerinnen und Bürger, neben Seniorinnen und Senioren auch Gewerbetreibende, die Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Ketzin und Beschäftigte der Stadtverwaltung. Die meisten Ergebnisse konnten durch die Stadt realisiert werden und

## Vorsicht – Betrug mit Gutscheinkarten



„Sie haben gewonnen!“ Dieser Satz euphorisiert noch immer die Menschen. Zu groß sind Wunsch und Glaube an das schnelle Geld, mit dem man sich alle Wün-

sche erfüllen kann. Da steht es schwarz auf weiß – „Hauptgewinn!“ oder jemand überbringt per Telefon die frohe Botschaft. Ein Glück, eine Freude, der man sich nur schwer entziehen kann und das wissen auch die Betrüger.

Mit einfachen Tricks und abenteuerlichen Geschichten nähren sie die Fantasie ihrer Opfer. Wenn seitens der Opfer noch Leichtgläubigkeit mit ins Spiel kommt, nimmt das Unheil seinen Lauf. Und somit versuchen sie es immer wieder – und leider allzu oft erfolgreich.

Wie kann man sich davor schützen? Merken Sie sich den Satz: „Gewinne kosten nichts!“ Wenn dieser Grundsatz stets beherzigt werden würde, gäbe es die Opfer nicht.

Aber so schnell geben die Betrüger nicht auf. Um die Angelegenheit seriös und amtlich erscheinen zu lassen, kommt die „juristische Kompetenz“ zur Anwendung. Ein „renommierter Notar“ hat die Aufsicht und der kostet – wie jedermann weiß – Geld. Es entstehen Transfergebühren für die Überweisung und nicht zu vergessen, die Bearbeitungsgebühr für hochqualifizierte Mitarbeiter. Das alles klingt so logisch und plausibel, dass der Grundsatz – „Gewinne kosten nichts!“ – schnell vergessen ist. Wenn bei einem Gewinnversprechen von 43.000 Euro dann 1.500 Euro Gebühren anfallen, so ist diese Summe verschmerzbar. Gutgläubig wird der Betrag in freudiger Erwartung auf das große Geld überwiesen.

Das war bisher der Klassiker. So oder ähnlich spielten sich polizeibekannt Szenarien ab. Das Risiko für die Betrüger blieb gering. Die Schwachstelle ist die Geldübergabe. Sollte der Betrug



**Kriminalitätspräventionsrat  
des Landkreises  
Ludwigslust-Parchim**

bemerkt werden, lässt sich eine Überweisung nachvollziehen und über Umwege der Empfänger ermitteln. Risikoreicher ist die persönliche Übergabe, wie sie oftmals beim Einzeltrick praktiziert wird. Der Täter könnte theoretisch in eine Falle laufen und von der Polizei in Empfang genommen werden.

Um das Risiko der Täter bei der Geldübergabe zu minimieren und um ihre Anonymität wahren, bedienen sie sich einer anderen Methode. Sie fordern ihre Opfer auf, Guthabekarten oder auch Geschenkkarten zu erwerben. Diese gibt es in allen Discountern und Tankstellen. Sie heißen z.B. Google Play oder Paysafecard. Es gibt sie in verschiedenen Preisklassen – 20 Euro, 50 Euro oder 100 Euro.

Die Opfer werden nun aufgefordert, Guthabekarten im Wert von oftmals tausenden Euros zu erwerben. Um kein Aufsehen zu erregen, soll dies möglichst in verschiedenen Verkaufseinrichtungen geschehen.

Zu einer vereinbarten Zeit nimmt der Betrüger mit dem Opfer telefonisch Kontakt auf und lässt sich die Kartennummern mit den freigerubbelten PINs vorlesen. Somit ist die angebliche Notar- und Bearbeitungsgebühr für den vermeintlichen Gewinn unwiderruflich übergeben. Mit anderen Worten:

*Im Kassenbereich vieler Geschäfte werden Guthabekarten verschiedener Dienste angeboten.*

„Das Geld ist weg!“. Zu einer Gewinnauszahlung kommt es natürlich nicht. In diesem Zusammenhang richtet sich unser Appell auch an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Einzelhandels. Werden sie misstrauisch, wenn Kundinnen oder Kunden Geschenk- und Guthabekarten in untypischer Höhe erwerben.

Fragen Sie, ob es sich um eine angebliche Bezahlung für einen Gewinn handelt und informieren sie bei Verdacht die Polizei.

Wenn wir gegenseitig mehr aufeinander achten, gibt es vielleicht weniger Verlierer und einen tatsächlichen Gewinn an mehr Sicherheit!

*Ralf-Theo Mundt, Präventionsberater  
Polizeiinspektion Ludwigslust  
Anett Nuklies, Koordinatorin KPR/KSB,  
Landkreis Ludwigslust-Parchim*



## Fiese Masche von Trickbetrügern

Präventionsaktion der Landespolizei gegen „Schockanrufe“

Derzeit treiben in einigen Landkreisen Trickbetrüger ihr Unwesen, die sich vor allem auf die Masche der Schockanrufe zu konzentrieren scheinen. Die Ermittler der Kripo gehen davon aus, dass die bisher bekannten und angezeigten Betrugsversuche nur ungefähr ein Zehntel der tatsächlichen aktuellen Betrugsversuche ausmachen. Die Trickanrufe sind vor allem aus Barth, Stralsund, Neubrandenburg und Anklam angezeigt worden. Bisher haben die Angerufenen zumindest kein Geld an jemanden überwiesen, einige waren jedoch kurz davor, tatsächlich Opfer zu werden.

Die Betrüger geben sich als Polizisten aus und behaupten, ein enges Familienmitglied habe entweder einen Unfall gehabt und liege nun im Krankenhaus. Oder der Sohn, der Enkel oder

Projekt Seniorensicherheitsberater wird gefördert durch:

**PROVINZIAL**  
und



Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung  
Mecklenburg-Vorpommern

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter [www.kriminalpraevention-mv.de](http://www.kriminalpraevention-mv.de)

andere Verwandte hätten einen tödlichen Unfall verursacht und säßen nun im Gefängnis. Auch angeblich teure Behandlungen wegen einer

Corona-Infektion werden angeführt. Die Betrüger fordern von den oft zunächst geschockten Opfern Geld, das für eine lebensrettende Operation oder Behandlung sowie das „Freikaufen“ aus der Haft notwendig sei.

Das ist natürlich alles Fake. In Deutschland fordert keine Klinik für lebenswichtige Operationen oder Behandlungen vorab Geld und zudem gibt es hierzulande keine Kauttionen, mit denen man Angehörige aus dem Gefängnis herauskaufen kann.

Die Polizeiinspektion Anklam hat ein neues Aufklärungsplakat erstellt mit der Bitte um Verteilung und vielfältigen Einsatz. Im Rahmen des Projekts Seniorensicherheitsberater ist dieses Plakat zum Herausnehmen auf Seite 22 dieser Ausgabe des Seniorenkuriers enthalten. ■

## Superfood – wirklich so super?

Die Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern e.V. klärt auf

Superfood ist buchstäblich in aller Munde. Die exotischen Lebensmittel versprechen wahre Wunder für die Gesundheit. So sollen Goji und Co. gesund, schlank oder schön machen. Doch haben sie wirklich Vorteile gegenüber heimischen Lebensmitteln?

### Was ist Superfood?

Als Superfood bewerben Hersteller meist exotische Lebensmittel wie Chiasamen, Quinoa, Goji- und Acaibeeren, die viele Vitamine, Mineralstoffe und/oder sekundäre Pflanzenstoffe enthalten. Hersteller schreiben ihnen daher oft auch gesundheitsfördernde Eigenschaften zu. Beispielsweise werden Chiasamen als Wundermittel gegen Gelenkschmerzen und Sodbren-



nen beworben. Die Gojibeere, auch Glücksbeere genannt, soll für gute Laune sorgen. Wissenschaftliche Belege für diese Wirkungen gibt es allerdings nicht. Gleichzeitig fehlen gesetzliche Regelungen für die Bezeichnung „Superfood“ – so kann jeder Hersteller sein Produkt als Superfood bezeichnen.

### Gesundheitlich nicht unbedenklich

Die angepriesenen Vorteile von Superfood gegenüber herkömmlichen Lebensmitteln verleiten auch immer mehr ältere Menschen zum Kauf. Natürlich möchte man im Alter gut ver-

sorgt sein und an der Gesundheit sollte nicht gespart werden. Doch Superfood-Produkte sind keine Wundermittel. Stattdessen sind sie manchmal mit Pestiziden belastet. Außerdem können diese exotischen Lebensmittel Allergien auslösen und Wechselwirkungen mit Arzneimitteln hervorrufen. Vorsicht ist beispielsweise bei der Einnahme von Gerinnungshemmern geboten. Hier sollte besser auf den Genuss von Gojibeeren verzichtet werden, da sie die Wirkung der Medikamente verstärken, wodurch das Blutungsrisiko deutlich steigt.

### Auswirkungen auf die Umwelt

Auch unsere Umwelt profitiert nicht von exotischem Superfood, denn meist handelt es sich um Lebensmittel, die weit gereist sind, bevor sie auf unseren Tellern landen. Die langen

Transportwege verursachen klimaschädliche Gase.

### Heimische Alternativen statt exotisches Superfood

Viele Gründe sprechen dafür, heimische Obst-, Gemüse- und Getreidesorten dem exotischen Superfood vorzuziehen. Sie sind oft viel preiswerter, sie können im eigenen Garten wachsen und die Transportwege sind viel kürzer.



Hafer

Statt Chiasamen können Leinsamen das morgendliche Müsli verfeinern. Leinsamen enthalten mehr Eiweiß als Chiasamen und auch ihr Anteil an Omega-3-Fettsäuren und Ballaststoffen kann sich sehen lassen. Quinoa ist vor allem für Veganer eine attraktive Eiweiß- und Eisenquelle. Gute und günstige heimische Alternativen sind Hafer und Hirse. Neben der Gojibeere bestechen auch Sanddorn und Johannisbeeren durch einen hohen Vi-



Sanddorn

tamin C-Gehalt. Beide werden sowohl als frische Ware als auch in Form von Saft angeboten. Gojibeeren hingegen sind meist nur getrocknet oder verarbeitet, zum Beispiel als Konfitüre, erhältlich. Acaibeeren gelten vor allem aufgrund des hohen Gehalts an Anthocyanen (sekundäre Pflanzenstoffe) als Superfood. Anthocyane sind rote, blaue oder violette Pflanzenfarbstoffe, die den Körper vor schädigenden Oxidationsprozessen schützen sollen. Auch heimische rote, blaue oder violette Obst- und Gemüsearten wie Heidelbeeren, blaue Trauben oder Rotkohl enthalten diese Pflanzenstoffe.

### Fazit

Superfoods können den Speiseplan bereichern. Ein Mehr an Gesundheit ist im Vergleich zur Vielzahl heimischer Gemüse-, Obst- und Getreidesorten aber nicht zu erwarten. ■

## Im 10. Jahr der Pflegestützpunkte MV

### Pflege- und Sozialberatung auch für Familien mit pflegebedürftigen und pflegenden Kindern und Jugendlichen

Pflegestützpunkte im Land sind die erste Anlaufstelle bei allen Fragen rund um das Thema Pflege. Besonders ältere Pflegebedürftige und deren Angehörige nutzen mittlerweile die vielfältigen Angebote der 19 Pflegestützpunkte und profitieren von der kostenlosen, neutralen und unabhängigen Pflegeberatung vor Ort. Mittlerweile finden aber auch immer mehr junge Familien mit pflegebedürftigen Kindern und pflegenden Kindern und Jugendlichen den Weg zu den Pflegestützpunkten.

Kinderpflegeberaterin Wibke Pegel erzählt: Ich erlebe, dass Eltern bei Klinikaufenthalten, durch Medizintechnik, Organisation der Betreuung, Organisation der Versorgung in der KiTA etc. oft so stark involviert sind, dass der Pflegebedarf nicht mehr bewusst wahrgenommen wird. Die Erkrankung ihres Kindes stellt dabei nicht selten das gesamte Familienleben auf den

Kopf – die Möglichkeit auf Heilung gibt Hoffnung. Und dennoch, obwohl Familien mit Kindern und Jugendlichen oft stark betroffen sind, nehmen sie die Beratungs- und Unterstützungsangebote der Pflegestützpunkte bisher kaum wahr.



Fakt ist: es gibt einen riesigen Beratungsbedarf. Deshalb haben die Pflegestützpunkte in der Vergangenheit die Initiative ergriffen und Netzwerkpartner in der Region für das Thema pflegebedürftige oder von Pflege bedrohte Kinder sensibilisiert sowie die Netzwerke der Pflegestützpunkte erweitert. Gleichzeitig wurden Pflegeberater in den Stützpunkten zu Kinderpflegeberatern weiterqualifiziert. Bei den betroffenen Familien stehen

hauptsächlich die medizinischen Belange im Vordergrund. Ein unabhängiger Blick von den Pflegeberatern kann helfen, Leistungen zu besprechen und die bestehenden Angebote individuell und abgestimmt einzusetzen.

Der Alltag zeigt, dass bei der Betreuung von Kindern alle Familienmitglieder einbezogen werden. Eltern, Geschwister, Großeltern oder Freunde helfen häufig, die Betreuung zu organisieren. Der Blick als Pflegeexperte gilt daher auch jenen, die betreuen. In meiner praktischen Arbeit zeigt sich immer wieder wie wichtig es ist, das gesamte Umfeld im Blick zu behalten und den sogenannten Tunnelblick zu verlieren. Wir Pflegeexperten in den Stützpunkten sind ausgebildete Case Manager, die gemeinsam mit den Familien besprechen, wie die

Fortsetzung auf Seite 28

Fortsetzung von Seite 27

Versorgung spürbar verbessert werden kann. Dabei arbeiten wir eng mit den Sozialarbeitern in unseren Pflegestützpunkten zusammen.

Wichtig für uns alle ist, dass die Wünsche der Familien dabei im Vordergrund stehen – sie geben uns Orientierung, was Familien brauchen. Daher beginnen unsere Beratungen meistens damit, die Bedürfnisse und Wünsche der Familie festzustellen. Die Reaktion ist nicht selten ein erstaunter Blick, jedoch nach kurzer Bedenkzeit stellen sich oft Bedarfe heraus, die den Eltern nicht mehr bewusst waren.

So war es z.B. der Wunsch einer Pflegeperson, in dem Fall die Oma, einfach mal wieder gerne einen Tag angehen zu gehen. Daraus könne sie neue Kraft schöpfen.

Leider stoße ich in der Praxis oft nur per „Zufall“ auf Kinder mit Pflegebedarf, da es für Eltern eine Selbstverständlichkeit ist, sich um ihre Kinder zu kümmern. Der erhöhte Betreuungsaufwand ist oft schon selbstverständlich geworden und fällt gar nicht mehr auf oder erst, wenn Überforderung und Belastung krank machen. Sie als Großeltern, Sie als Eltern erleben und erkennen häufig sehr viel früher, dass die Familiensituation an-

ders, schwieriger erscheint, als Sie es erfahrungsgemäß kennen.

Deshalb haben wir Pflege- und Sozialberater in den 19 Pflegestützpunkten in Mecklenburg-Vorpommern eine große Bitte: Rufen Sie uns einfach an, erzählen Sie Ihren Kindern, Enkelkindern von uns und unterstützen Sie dabei, dass auch junge Familien das umfangreiche Beratungs- und Unterstützungsangebot der Pflegestützpunkte in Anspruch nehmen.

Zum Tag der Pflege am 12. Mai 2021 sagen wir den Pflegenden Danke, die in der schweren Zeit der Corona-Krise einmal mehr vor besonderen Herausforderungen stehen. ■



## Keine Fortsetzung der sozialen Isolation

BAGSO fordert Ausnahmeregelung im Infektionsschutzgesetz

Die Änderung des Infektionsschutzgesetzes darf nicht zu einer erneuten sozialen Isolation von Bewohnerinnen und Bewohnern in Pflegeheimen und anderen Senioreneinrichtungen führen. Das fordert die BAGSO vor den Beratungen im Bundestag. In dem vorliegenden Gesetzentwurf wird die besondere Situation in Pflegeeinrichtungen und ande-

ren Senioreneinrichtungen nicht berücksichtigt. Nach Ansicht der BAGSO muss im Infektionsschutzgesetz über eine gesonderte Regelung sichergestellt werden, dass Bewohnerinnen und Bewohner, die einen vollständigen Impfschutz erhalten haben, Besuch empfangen und innerhalb der Einrichtungen Kontakte pflegen können. Das gilt auch für die gemeinsame Einnahme von Mahlzeiten.

Die BAGSO unterstützt deshalb den Vorschlag der Freiburger Rechtsanwält-

te Prof. Dr. Thomas Klie und Dr. Patrick Heinemann, den aktuellen Gesetzentwurf zu erweitern. Dem Absatz 4 des geplanten § 28b IfSG soll hinzugefügt werden: „Von den Maßnahmen nach Absatz 1 Nr. 1 ausgenommen sind Zusammenkünfte im privaten Raum von Personen, die über einen vollständigen Impfschutz gegen das SARS-CoV-2 verfügen und in Senioren- und Behindertenheimen sowie in Einrichtungen des betreuten Wohnens für Senioren und Behinderte leben.“ ■

## Verbesserung der ambulanten Pflege

BAGSO legt Positionspapier zur Zukunft der Hilfe und Pflege zuhause vor

Die Rahmenbedingungen für die ambulante Pflege müssen verbessert werden. Das fordert die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen – in ihrem Positionspapier „Zukunft der Hilfe und Pflege zu Hause“. Rund achtzig Prozent der Pflegebedürftigen werden derzeit zu Hause versorgt, die meisten fast ausschließlich von Angehör-

igen. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird in den kommenden Jahren weiter steigen, während gleichzeitig die Zahl der potenziellen Pflegekräfte abnimmt. „Wir brauchen gute Lösungen, um auch in Zukunft möglichst vielen Menschen bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit ein Leben zu Hause zu ermöglichen. Dazu zählen frühzeitige Beratung, Hilfenetzwerke aus Famili-

en, Fachkräften und Ehrenamtlichen vor Ort und ein Lebensumfeld, das die Gesundheit fördert“, sagte Franz Müntefering, Vorsitzender der BAGSO. Die BAGSO fordert, dass die Voraussetzungen für den Verbleib zu Hause verbessert werden. Präventive Hausbesuche sollten bundesweit eingeführt werden, um frühzeitig Hilfebedarfe älterer Menschen zu erken-

nen und passgenaue Unterstützung zu organisieren. Dazu gehörten auch hauswirtschaftliche Hilfen und Angebote zur Alltags- und Lebensgestaltung. Pflegende Angehörige müssten durch den Aufbau gemischter Pflegearrangements unterstützt und die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege verbessert werden. Für die sogenannte 24-Stunden-Betreuung durch meist

osteuropäische Hilfskräfte fordert die BAGSO dringend gesetzliche Initiativen, um die vielschichtigen Probleme dieser Betreuungsform zu lösen. Die medizinische Versorgung müsse u.a. durch den Ausbau flächendeckender und wohnortnaher geriatrischer Behandlungs- und Rehabilitationsangebote gestärkt werden.

Nach Ansicht der BAGSO kommt den

Kommunen in der Gestaltung und Koordination zukunftssicherer Unterstützungs-, Versorgungs- und Pflegestrukturen eine besondere Rolle zu. Für die Erfüllung dieser Aufgaben müssten sie angemessen ausgestattet werden.

*Mehr Info:*

[www.bagso.de/publikationen](http://www.bagso.de/publikationen) –  
*Positionspapier vom Februar 2021*

## Arbeitsbedingungen in der Pflege jetzt verbessern!

**BAGSO-Vorsitzender Franz Müntefering zum Tag der Pflege**

Zum Internationalen Tag der Pflege am 12. Mai 2021 fordert die BAGSO, schnellstmöglich die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern. Dazu zählen angemessene Löhne auf der Grundlage eines allgemeinverbindlichen Tarifvertrags und bessere Personalschlüssel. Die BAGSO unterstützt deshalb das Vorhaben der Bundesregierung, noch in dieser Legislaturperiode ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden. Dabei muss sicher-

gestellt werden, dass die Mehrkosten nicht zu Lasten der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen gehen.

„Die Leistungen, die während der Corona-Krise von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Pflege in Heimen und ambulant erbracht wurden, können nicht hoch genug gewürdigt werden“, so der BAGSO-Vorsitzende Franz Müntefering. „Einmal mehr hat sich gezeigt, dass eine gute pflegerische Versorgung nur mit ausreichen-

dem und qualifiziertem Pflegepersonal gewährleistet werden kann.“

Die BAGSO appelliert an die politisch Verantwortlichen, über das aktuelle Gesetzesvorhaben hinaus eine umfassende Reform der Pflegeversicherung auf den Weg zu bringen. Sie ist dringend notwendig, um die Kosten der pflegerischen Versorgung einer älter werdenden Bevölkerung auf eine stabile und sozialverträgliche Finanzierungsgrundlage zu stellen. ■

## Weg für eine Weltaltkonvention freimachen

**Zivilgesellschaft fordert Entscheidung zu Fragen des Alterns**

Gemeinsam mit hunderten Organisationen der Zivilgesellschaft und nationalen Menschenrechtsinstitutionen fordert die BAGSO eine UN-Konvention über die Rechte älterer Menschen. In einer weltweiten Kampagne rief sie die Offene Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns der Vereinten Nationen (OEWG-A) auf, zeitnah einen Textentwurf für eine Weltaltkonvention vorzulegen. Vertreterinnen und Vertreter von Regierungen aus aller Welt trafen sich vom 29. März bis 1. April 2021 zur 11. Sitzung der Arbeitsgruppe. Die BAGSO beteiligte sich mit zwei Stellungnahmen.

Die Offene Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns hat seit ihrer Einsetzung 2010 zahlreiche Lücken im Rechtsschutz älterer Menschen offengelegt. Angesichts der Corona-Pandemie rief UN-Generalsekretär Antonio Guter-

res im vergangenen Jahr in einem eindringlichen Appell dazu auf, die Arbeit der Offenen Arbeitsgruppe zu beschleunigen, um die Rechte Älterer durch ein international verbindliches Menschenrechtsinstrument besser zu schützen. Zuletzt stellte eine Studie des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte die Dringlichkeit einer Weltaltkonvention heraus. Die BAGSO und andere Nichtregierungsorganisationen hofften zudem auf einen Impuls aus der Europäischen Union, die unter der Triopräsidentschaft von Deutschland, Portugal und Slowenien dazu aufgerufen hat, den Schutz der Rechte Älterer zu stärken.

In einer Videobotschaft zur Eröffnung der 11. Sitzung plädierte die BAGSO dafür, dass eine Konvention auch neue Entwicklungen wie die Digitalisierung

einbeziehen muss. Angesichts der alle Lebensbereiche umfassenden Digitalisierung müsse gewährleistet sein, dass alle Menschen die Chancen der technischen Entwicklung nutzen können. Gleichzeitig müsse ein Recht auf analoge Teilhabe festgeschrieben werden. Die OEWG-A beschäftigte sich dann in ihrer 11. Sitzung mit den Menschenrechten Älterer vor und während der Pandemie sowie den thematischen Schwerpunkten „Recht auf Arbeit und Zugang zum Arbeitsmarkt“ und „Zugang zum Rechtsweg“. Zahlreiche Seniorenorganisationen aus der ganzen Welt, darunter auch die BAGSO, beteiligten sich mit mündlichen und schriftlichen Stellungnahmen an den Debatten.

Ein Beschluss zur Schaffung einer Weltaltkonvention wurde jedoch nicht gefasst. ■

# LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

## Wichtige Säule der Arbeit voll Esprit, Kompetenz und Humor

Mit der politischen Entscheidung im September 2011, die ehemaligen Landkreise Mecklenburg-Strelitz, Waren-Müritz, Demmin und die Stadt Neubrandenburg zu einem gemeinsamen Landkreis zusammenzuführen, waren auch die Seniorenbeiräte dieser Kreise aufgefordert, einen Strategieplan zur Organisation des gemeinsamen Kreissenorenbeirates für den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte zu entwickeln.

In der Folge hatte der Seniorenbeirat des Landkreises Demmin e.V. unter Leitung seines Vorsitzenden, Prof. Dr. Dr. Helmut G. Pratzel die Delegierten der Seniorenbeiräte der ehemaligen Landkreise zu einer kooperativen Zusammenarbeit nach Törpin eingeladen, um den ersten Vorschlag für den Text eines Satzungsentwurfs für einen neuen Kreissenorenbeirat zu besprechen.

Im weiteren Verlauf wurden dann die Delegierten für einen Kreissenorenbeirat festgelegt. In weiteren Beratungen wurden der Satzungsentwurf, die Arbeitsweise, die Finanzierung und die Geschäftsstelle festgelegt. Am 13.09.2012 wurde dann die konstituierende Sitzung als 1. Mitgliederversammlung des Kreissenorenbeirates durchgeführt, in der Prof. Dr. Dr. H.G. Pratzel einstimmig zum neuen Vorsitzenden des Kreissenorenbeirates Mecklenburgische Seenplatte gewählt wurde. Mutig hatte er sich damals in Törpin zur Wahl gestellt und die Mitglieder hatten sich mit großer Zustimmung für ihn entschieden und den Richtigen gewählt. Prof. Dr. Dr. Pratzel erwies sich in den Jahren seiner Vorstandstätigkeit als ei-

ne der wichtigen „Säulen“ in der Arbeit auf Kreis- und Landesebene. Auf kommunalem Parkett brachte er parallel dazu erfolgreich vieles auf den Weg. Mit seiner ausgewiesenen fachlichen Kompetenz war der Vorstand immer gut beraten, und mit seinen von Sachlichkeit und Esprit gleichermaßen gekennzeichneten Arbeit bereicherte er die Seniorenarbeit über viele Jahre.



Prof. Dr. Dr. Helmut G. Pratzel – einer, der für alle Generationen da ist.

Foto: Peter Lundershausen

Als engagierter Seniorenvertreter auf allen Ebenen nahm er oft weite Reisewege in Kauf, ohne seine Grenzen dabei aus dem Blick zu verlieren.

Im Oktober 2019 entschied er sich weise, den Vorsitz abzugeben, aber immer noch aktiv in der Beiratstätigkeit mitzuwirken. Wir sind stets mit ihm im Kontakt, können ihn ansprechen und um Rat fragen. Auch dafür sind wir Ihm sehr dankbar.

Solche geschaffenen Werke, wie der Seniorenratgeber des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte, die Schaffung des Törpiner Bürgerbusses oder die Mitwirkung am Projekt „Gesund Altern im ländlichen Raum“

werden immer mit Ihm verbunden bleiben.

Für sein umfangreiches Engagement wurde Prof. Dr. Dr. Pratzel mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse ausgezeichnet. Gerechnet hatte Helmut Pratzel mit dieser Auszeichnung nicht. Trotz seines hohen Alters ist er auch heute noch aktiv tätig. Zurzeit schreibt er an den Memoi-

ren über sein schaffensreiches Leben, welches am 27. Januar 1935 in Berlin begann. Nach dem Abitur in Berlin, über sein Studium an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, seiner fast 40-jährigen Tätigkeit an der Ludwig-Maximilian-Universität München als promovierter Biochemiker und Professor für Physikalische Medizin, Balneologie und Klimatologie mit großem internationalen Engagement (u.a. als Präsident der Weltorganisation für Kurortmedizin ISMH) fortgesetzt, als begeisterter Segelsportler und im „Unruhezustand“ in Mecklenburg-Vorpommern bis zum heutigen Tag u.a.

der Seniorenarbeit verschrieben, setzt sich sein Werdegang fort.

Dies ist bereits die zweite hohe Ehre, denn bereits 2003 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.

Der Kreissenorenbeirat gratuliert seinem Vorsitzenden i.R. Prof. Dr. Dr. Pratzel für die verdiente hohe Auszeichnung, gleichzeitig bedanken wir uns für seine unerschöpfliche Tätigkeit und wünschen Ihm noch viele frohe und gesunde Lebensjahre.

Peter Lundershausen  
Vorsitzender des Seniorenbeirats  
in Neubrandenburg

# LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

## Braucht Zingst einen Seniorenbeirat?

Meine Antwort vorweg: Ja, unbedingt! „Das Seniorenmitwirkungs-gesetz Mecklenburg-Vorpommern ist im August 2010 in Kraft getreten. Mit diesem Gesetz werden die Vertretungs- und Mitwirkungsrechte der Seniorinnen und Senioren in unserem Land gestärkt und ihre aktive Beteiligung am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben gefördert.“

In diesem Zusammenhang werden auf Landesebene vor allem die Aufgaben, Befugnisse und Pflichten des Landesseniorenbeirats gesetzlich geregelt.“ So heißt es in einer Veröffentlichung der Landesregierung und dennoch ist dieses Gesetz immer noch nicht flächendeckend umgesetzt. Dabei ist das Ziel dieses Gesetzes eine Voraussetzung, Seniorinnen und Senioren am politischen Leben teilhaben zu lassen, denn:

Das Ziel dieses Gesetzes ist, die Mitwirkungsrechte der Seniorinnen und Senioren in Mecklenburg-Vorpommern zu stärken und ihre aktive Beteiligung am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu fördern. Über die reine Interessenvertretung hinaus sollen die Beziehungen zwischen den Gene-

rationen verbessert, die Solidargemeinschaft weiterentwickelt und vor allem der Prozess des Älterwerdens in Würde und ohne Diskriminierung, unter aktiver Eigenbeteiligung der Betroffenen, besser gewährleistet werden. Diese Ziele sind durch alle Behörden des Landes zu fördern.

Bei Maßnahmen nach diesem Gesetz sind die unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen und Männer zu berücksichtigen. Dabei ist die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Prinzip zu befolgen. Was dem Gesetz allerdings fehlt, ist eine „Muss-Bestimmung“, denn es beinhaltet lediglich eine „Kann-Bestimmung“ und so bleibt es jeder Kommune selbst überlassen, ob sie die Gründung eines Seniorenbeirates zulässt oder verwehrt. Ich selbst war im Seniorenbeirat Nordvorpommern, Vorpommern-Rügen und auch im Vorstand des Landesseniorenbeirats von Mecklenburg-Vorpommern tätig und habe in dieser Zeit an vielen Beschlüssen mitgearbeitet, das tägliche Leben von Seniorinnen und Senioren zu erleichtern und die Teilhabe zu intensivieren. Wohlgermerkt, ein Seniorenbeirat ist kein Seniorenbetreuungsverein,

sondern dient der politischen Teilhabe, um in der Gesetzgebung, ebenso wie im täglichen Handeln von Land und Kommune die Interessen der älteren Bevölkerung gleichbestimmt zu vertreten!

Warum sträuben sich also viele Gemeinden, einen Seniorenbeirat einzurichten? Ist es die Befürchtung, dort seien nur senile Querulanten am Werk, die die politische Entscheidungsfindung erschweren und verlangsamen? Sind es die Wohlfahrtsverbände, die um ihre Einflussnahme fürchten und hier eine Konkurrenz sehen?

All diese Befürchtungen sind m.E. nur vorgeschoben, weil „es ja bisher auch immer ohne Beirat lief“!

Während auf Landesebene eine rege Zusammenarbeit zwischen Beirat, Landtag, den Ministerien und der Regierung gibt, fehlt diese noch in vielen Bereichen auf kommunaler Ebene.

Liebe Seniorinnen und Senioren, wenn Sie eine Stimme in unserer Gemeindevertretung gewinnen wollen, fordern Sie dort einen Seniorenbeirat, denn nie war er so wichtig wie heute!

*Michael Schmidt*

## Erarbeitung des Seniorenratgebers Stralsund

Seit mehreren Jahren gibt der Stralsunder Seniorenbeirat jährlich einen Seniorenratgeber der Hansestadt Stralsund heraus.

Mit Unterstützung der Verlagsgesellschaft GmbH Stralsund wird dieser Ratgeber kostenlos allen Interessierten zur Verfügung gestellt.

Im Format A 4 werden auf 40 Seiten alle Einrichtungen in der Hansestadt Stralsund aufgelistet – mit den notwendigen Informationen für die Erreichbarkeit.

Außerdem werden Institutionen in Textform und mit Bildern vorgestellt. Von Giesela Müller wurde der erste Seniorenratgeber gestaltet.

Mit ihrem Ausscheiden aus dem Seniorenbeirat haben wir für 2021 erstmals unseren Ratgeber ohne sie gestaltet. Nach Gewöhnungsproblemen ist nunmehr alles in Tüten und Papier.

Im Mai wird der neue Seniorenratgeber in gewohnter Qualität erscheinen. ■



## Teilnahme an der Ehrenamtsmesse

Auch in diesem Jahr beteiligt sich der Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund mit einem eigenständigen Beitrag an der Ehrenamtsmesse. Da die Messe online stattfindet, war kurzfristig ein Beitrag für den Seniorenbeirat

zu erarbeiten. Das Mitglied des Seniorenbeirats Rainer Giese stellte ein informatives Video unter Mitwirkung von Peter Sobottka, Jürgen Kaiser, Jörg Borchard und Dr. Georg Weckbach zusammen. Dieses Video für die

Ehrenamtsmesse kann auch auf der Homepage des Seniorenbeirats angesehen werden und ist eine solide Kurzdarstellung unserer Tätigkeit.

*Dr. Georg Weckbach*  
Vorsitzender des Seniorenbeirats

## Unser „Gartenglück“ – trotz Corona auf dem Vormarsch

Im Seniorenkurier 3/2018 berichteten wir über unser jährliches Fest der Generationen Anfang Juli. Der Höhepunkt des Tages war damals die feierliche Eröffnung des Projekts „Ein Garten für alle“. Seit Ende 2017 arbeiteten der Förderverein des Seniorenbeirats, Mitglieder des Seniorenbeirats und interessierte Seniorinnen und Senioren der Hansestadt unter dem Motto „Gartenglück – Gemeinsam gärtnern macht stark“ an der Verwirklichung dieses Vorhabens. Der Landschaftspflegeverband „Mecklenburger Endmoräne e.V.“ verlieh für das ökologische Gärtnern die Plakette „Natur im Garten – Gesund halten, was uns gesund hält“. Die Auszeichnung zierte die rund 90 Jahre alte restaurierte Gartenlaube. Die „Kinder-Gärtner“ des Montessori-Kinderhauses aus Stralsund-Grünhufe sind voller Freude und aktiv im Rahmen unserer generationsübergreifenden Tätigkeit seit 2018 ebenfalls dabei.

Ohne die Unterstützung von Zoo-Direktor Dr. Christoph Langner und seinen Mitarbeitern, der Landschaftsar-



*Bereits beim Projektstart äußerten sich die Besucher lobend über das geschaffene Kleinod im Stralsunder Zoo.*

chitektin Silke van Ackeren sowie Garten- und Landschaftsbaubetrieben aus Stralsund wäre uns dieser Start in ein nun schon mehrjährig erfolgreiches Projekt nicht gelungen. Finanzielle Hilfe gaben der Förderverein Seniorenbeirat Stralsund, die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung, die Ehrenamtsstiftung, die Landesregierung sowie die Sparkasse Vorpommern.

Jeder Kleingärtner weiß: Ein Garten wird nie fertig. Und Corona konnte uns nicht beeinträchtigen – der Garten wird regelmäßig gepflegt und ge-

hegt. Aufgestellte Bänke im Garten ermöglichen die Kommunikation der Zoobesucher und der Kleingärtner in der Natur. Die Hochbeete sind behindertengerecht – wie auch die Weggestaltung zum Garten. Beerensträucher wurden gepflanzt. Die Nutzung für außerschulisches Lernen und die Sensibilisierung für den Artenschutz sind neue Ziele unseres Projektes. Die Akteure haben noch viele weitere Ideen. Wer Lust zum Mitmachen bekommen hat, ist gern gesehen: Am Mittwoch und Sonnabend (Oktober bis Ostern) und sonst täglich ab 14.30 Uhr.

Im nunmehr dritten Gartenjahr haben wir es mit den Hobbygärtnern geschafft, aus einem bis dahin nicht genutzten Teil der Pferdekoppel des Stralsunder Zoos ein gärtnerisches Kleinod zu gestalten. Unser Projekt „Gartenglück“ wurde so ein Schmuckstück im Stralsunder Zoo, mit dem der Förderverein und der Seniorenbeirat vorbildlich zusammenarbeiten.

*Dr. Georg Weckbach*  
Vorsitzender des Seniorenbeirats



## LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

### Eröffnung des Digitalkompass Standortes im MGH Lübz

Der Digital-Kompass ist ein Projekt der BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen und Deutschland sicher im Netz e.V. in Partnerschaft mit der Verbraucher Initiative mit Förderung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.

Die Digital-Kompass Standorte sind lokale Anlaufstellen für Menschen, die Unterstützung im Umgang mit digitalen Medien und Geräten suchen. Sie stellen kostenfreie Angebote für Senioren rund um Internet und Co. bereit. Derzeit entstehen deutschlandweit 100 Standorte.

Für die letzten 25 Plätze im Digital-Kompass-Netzwerk gab es rund 250 Interessenbekundungen. Am 25. März 2020 wurde der fünfte Digital-Kompass Standort von M-V in Lübz von Kerstin Lorenz, der Teamleiterin im Mehrgenerationenhaus (MGH), eröffnet.

Mit diesem Projekt wollen sie älteren Menschen den Zugang zu digitalen Medien erleichtern, um ihnen eine bessere soziale und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Die Eröffnungsveranstaltung wurde als Zoom-Meeting durchgeführt. Das Grußwort hielt die Bürgermeisterin der Stadt Lübz, Astrid Becker. Sie betonte die große Bedeutung dieses Vorhabens für die Bevölkerung im ländlichen Raum und erhofft sich eine generations-übergreifende Zusammenarbeit im digitalen Bereich.

Die eigentliche Projektvorstellung wurde durch Eva Neese und Guido Steinke vom Digital-Kompass unterstützt. Mit dabei war außerdem Helmut Breitag, Koordinator vom Digital-Kompass Standort Schwerin. Das Seniorenbüro Schwerin ist bereits seit 2019 als Standort des bundesweiten Projektes Digital-Kompass aktiv. Herr Breitag stellte seine ehrenamtliche Tätigkeit in diesem Bereich vor. Dazu zählen u.a.:

- Einführungs- und Anwendungskurse „Mobil unterwegs mit Smart-

phone und Tablet“, wöchentliche „Mediensprechstunden“ und der „Digitale Stammtisch“ mit Fachexperten und interessanten Themen

- Suche nach interessierten Senioren, die als SilverSurfer ausgebildet werden, damit sie in ihren Gemeinden ihr Wissen als Senioren-Technik-Botschafter weitergeben.



Anschließend wurden geplante Angebote vom MGH Lübz vorgestellt. Heiko Bolz übernimmt die Beratung für Smartphone und digitale Kommunikation einmal pro Woche als Präventionsveranstaltung. Claudia Amann entwickelte ein Spiel für das Internet, hier werden Namen bildlich mathematisch dargestellt.

Michael Klein vom Musikstudio und Internetradio möchte mit dem MGH in Kooperation gehen und über digi-

tale Medien berichten. In Planung ist außerdem ein Podcast mit Julia Theek vom Radio Lübz über Themen der Region.

Zurzeit gibt es schon Online-Angebote der Theatergruppe, die alle 14 Tage im Internet auftritt, angeleitet und unterstützt vom Tour Theater. Der ehemalige Journalist Hajo Urban möchte eine Freizeitgruppe „Junge Redakteure“ gründen. Geplant sind digitale Frühstücke, generationsübergreifend für alle Altersgruppen. Außerdem entstehen Angebote zum Kochen, Backen und Kreativangebote.

Der Vorstand des Kreissenorenbeirates Ludwigslust Parchim beglückwünscht das Team des Mehrgenerationenhauses Lübz für dieses anspruchsvolle, interessante und wichtige Projekt. Wir wünschen dem Digital-Standort Lübz für die zukünftige Arbeit viel Erfolg.

*Doris Schmid, Vorstandsmitglied des Kreissenorenbeirates Landkreis Ludwigslust-Parchim*

## Vielfältiges Wirken im Ehrenamt wird belohnt

2020 erhielt Therese Holm vom Ludwigsluster Seniorenbeirat ihre Ehrenamtskarte. Diese Karte ist drei Jahre gültig und gilt als Anerkennung und Ausdruck der Wertschätzung für das geleistete Ehrenamt. Mit der Ehrenamtskarte kann sie bei Partnern Vergünstigungen erhalten.

Seit 2015 ist Therese Holm Vorsitzende des Ludwigsluster Seniorenbeirates, der sich für die Mobilität und Barrierefreiheit in Ludwigslust einsetzt. Im Durchschnitt 10 Stunden pro Woche engagiert sie sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich. Sie koordiniert die Beiratssitzungen, betreut und führt Projekte durch, organisiert Veranstaltungsreihen (z.B. den Seniorentag, die Sportwoche, den Aktionstag Mensch u.a.m.) und wird dabei von ihren Mitgliedern des Seniorenbeirates tatkräftig unterstützt. Mit der Stadtverwal-



*Therese Holm mit der symbolischen Ehrenamtskarte – das Original hat praktischerweise Scheckkarten-Format.*

lung und Stadtvertretung, den städtischen Vereinen und Verbänden sowie den anderen städtischen Beiräten und

mit dem Mehrgenerationenhaus Zebef e.V. arbeitet sie eng zusammen.

Therese Holm macht für den Seniorenbeirat die Pressearbeit und nimmt an Stadtvertretersitzungen und deren Ausschusssitzungen teil, sowie an den Sitzungen des Landes- und Kreissenorenbeirates. Sie nutzt den Erfahrungsaustausch mit den anderen Seniorenbeiräten und holt sich die eine oder andere Anregung für ihre Arbeit. Gern unterstützt sie die MitMachZentrale bei der Werbung neuer Partner für die Ehrenamtskarte. Der Ludwigsluster Seniorenbeirat ist Anlaufstelle für alle Senioren der Stadt und Frau Holm hat immer ein offenes Ohr und hilft, wo sie kann. Herzlichen Glückwunsch zur Ehrenamtskarte und vielen Dank für die geleisteten ehrenamtlichen Stunden.

*Angelika Lübcke  
MitMachZentrale Ludwigslust-Parchim*

## ÖPNV günstiger für Ehrenamtler

Seit April 2021 bietet die Verkehrsgesellschaft Ludwigslust-Parchim (VLP) Inhabern der Ehrenamtskarte aus ganz Mecklenburg-Vorpommern Vergünstigungen

in Form von ermäßigten Preisen auf Einzel- und Tagesfahrkarten kreisweit im öffentlichen Nahverkehr. Die VLP will mit ihrem Angebot die spontane Mobilität

unterstützen, die zur Ausübung des Ehrenamts wichtig ist. Gleichzeitig bietet sie damit für Vereinsaktivitäten eine echte Alternative zum Auto. ■

## Rot-weiße Mützen zum Sehbehindertentag

Graue Poller an Gehwegen dienen dazu, dass diese von Fußgängern und nicht von Kraftfahrzeugen genutzt werden. Sind die Poller grau, stellen sie für Sehbehinderte eine Barriere dar, da die Konturen schlecht zu erkennen sind.

Gemeinsam möchte die Gebietsgruppe Ludwigslust des Blinden- und Sehbehindertenvereins MV e.V. mit dem Seniorenbeirat darauf aufmerksam machen. Die grauen Poller sollen nämlich rot-weiße Mützen bekommen. Schnell sind die Mitglieder des Seniorenbeirates dabei, im Stadtgebiet von Ludwigslust diese grauen Poller aufzuspüren. Von der Ludwigsluster Gebietsgruppe wird die Wolle und das Befestigungsmaterial gestellt. Aus den Handarbeits-

gruppen der Gebietsgruppe, der Volkssolidarität, des Behindertenverbandes, des Integrationsbeirates und der Seniorengruppe in der Schule Techentin werden fleißige Stricklieschen diese Mützen nach einer Anleitung herstellen.

Am 6. Juni – dem bundesweiten Sehbehindertentag – möchten wir unter Einhaltung der Abstandsregeln den Pollern die Mützen aufsetzen. Es ist wichtig zu zeigen, dass die grauen Poller von sehbehinderten Menschen und auch anderen Teilnehmern im Straßenverkehr, wenn sie Farbe tragen, besser reflektiert wahrgenommen werden. Durch die Aktion soll ihnen geholfen werden, den Alltag besser zu meistern.

*Therese Holm, Seniorenbeirat Ludwigslust*



*Eine neue Mütze zielt einen ansonsten unauffälligen Poller.*

*Foto: blista (Deutsche Blindenstudienanstalt e.V.)*

## LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

### Botschafter der Wärme 2021



Landkreis  
Nordwestmecklenburg  
wo die Seele lächelt...

Die VNG-Stiftung, als Träger der Initiative „Verbundnetz der Wärme“, wurde 2009 gegründet und bündelt gemeinnützige und soziale Aktivitäten in ganz Deutschland. Die „Botschafter der Wärme“ sind Vorbilder für gesellschaftliches Engagement



*Sibylle Runge*

und sollen viele weitere Menschen dazu animieren, sich im Ehrenamt stark zu machen. Der Botschaftertitel, der jährlich verliehen wird, zeichnet Menschen aus, die in der Gesellschaft durch ihr Engagement Besonderes leisten.

33 ehrenamtlich engagierte Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern sind bereits Mitglied der Wärme und tragen dazu bei, dieses Netzwerk bekannter zu machen. Der Seniorenbeirat der Hansestadt Wismar hörte erst im Jahre 2016 von dieser Stiftung

und berichtete in Vereinen und Verbänden unter anderem von den Fördermöglichkeiten einzelner Projekte. In diesem Jahr wurde Sibylle Runge aus Wismar für diese Auszeichnung nominiert und mit weiteren fünf im Ehrenamt Tätigen als „Botschafter der Wär-

me“ geehrt. Sie hat mit einigen Mitstreitern 2014 den Friedhofsverein Wismar gegründet, der jetzt 33 Mitglieder hat. Frau Runge ist auch Mitglied der Bürgerschaft der Hansestadt Wismar, gibt Nachhilfe für Schulkinder im Studienkreis, fährt wöchentlich Essen der Tafel aus und betreut seit 2015 einige Flüchtlinge aus Afghanistan. Für so viel Engagement ist diese Auszeichnung als Anerkennung gedacht. Die Mitglieder des Seniorenbeirates gratulieren recht herzlich zu dieser Auszeichnung.

*Karin Lechner, Vorsitzende des  
Kreissenorenbeirates NWM*

## Medienkompetenzpreis für SilverSurfer !!!

Der von der Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern, der Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns Manuela Schwesig, dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur M-V sowie dem Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung M-V ausgelobte Medienkompetenzpreis M-V 2021 wurde am 29. April in Rostock vergeben. In Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat Gadebusch erhielten die „SilverSurfer“ den 1. Preis in der Kategorie „Kindheit und Alter“.

In diesem Projekt, das für alle Senioren ab 55 Jahre offen stand, begleiteten wir die Teilnehmer auf dem Weg in die digitale Welt. Wir, das sind Horst Kochinka und Dorina Klabunde, als ausgebildete Technikbotschafter SilverSurfer und Elli Bruschi als Vorsitzende des Seniorenbeirates.

In unserem Projekt lernten die Senioren den Umgang mit dem Tablet, Smartphone oder Laptop. Übrigens ist der Begriff „SilverSurfer“ eine Anspielung auf die oft silbergrauen Haare älterer Nutzer.

Die teilnehmenden Senioren können inzwischen

- Kontakte zu ihren Kindern, Enkeln und Bekannten oder Vereinen halten
- ihre Lieben durch Videotelefonie sehen
- Bilder und Videos problemlos austauschen



*Elli Bruschi (Mitte) und Dorina Klabunde erhielten bei der Preisverleihung digitale Glückwünsche von Sozialministerin Stefanie Drese (links)*

- Dinge einkaufen und sich über Angebote informieren
- Digital die Zeitung lesen oder sich auch vorlesen lassen
- Fragen und Probleme mithilfe des Internets lösen.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten entschieden wir uns dazu, dass jeder sein eigenes Gerät benutzt. Die meisten Teilnehmer besaßen ein Smartphone. Die Herausforderungen begannen für uns damit, dass die Senioren unterschiedliche Kenntnisse besaßen. Die Arbeit in kleinen Gruppen hat sich sehr bewährt, so dass die große Skepsis und Angst gegenüber den „neuen“ Medien schrittweise abgebaut wurde. Unser Leitsatz: „Das Gerät geht nur kaputt, wenn es runterfällt“, half vielen, Vertrauen zu ihrem Smartphone oder Tablet zu finden.

Als sehr fördernd fanden wir, dass sich unter den Teilnehmern Freundschaften entwickelten, denn einige hatten mit Beginn des Ruhestandes bereits ihre Haustür zugeschlagen. Sie waren der Meinung, nach der Rente kommt nichts mehr, bis sie durch einen Zeitungsartikel auf uns aufmerksam wurden.

Inzwischen treffen sie sich sogar beim Einkauf, tauschen fast täglich neue Informationen aus und sind begeistert, wie sich ihr Leben durch den Einstieg in die digitale Welt verändert hat.

Bewegende Momente erlebten alle, als Teilnehmer ihre Enkelkinder per Videotelefonie anriefen. Da sah man doch schon eine kleine Träne im Auge. Wir merkten, dass wir mit unserem Projekt einen richtigen Weg eingeschlagen haben – einen Weg aus der Einsamkeit. Wir möchten alle Senioren aufrufen: „Ihr könnt das auch!“ Es gibt nur eine Voraussetzung im Umgang mit Smartphone, Tablet und Co., man muss es wollen. Dann sind wir davon überzeugt, lernt es jeder, der es möchte. Lasst euch von ausgebildeten Technikbotschaftern unterrichten, die sich sehr viel Zeit für euch nehmen, in kleinen Gruppen arbeiten und es euch so oft erklären, wie ihr es wollt.

*Dorina Klabunde  
Vorstandsmitglied des Kreis-seniorenbeirates*

## LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

### Was wird aus dem Wohnpark „Paulshöhe“?

Im letzten Jahr wurde vom Hauptausschuss der Landeshauptstadt Schwerin beschlossen, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes des Wohnparks „Paulshöhe“ einzuleiten. Es ging eine intensive Diskussion voraus, da die Fläche als öffentlicher Sportplatz eine lange historische Bedeutung und der Platz als wichtige Begegnungsstätte in Schwerin eine

bedeutsame Rolle gespielt hat. Deshalb wurde auch beschlossen, dass die Ziele der Bebauung mit den Bürgern, Anwohnern sowie mit den Interessenvertretern gemeinsam entwickelt und diskutiert werden. Es liegen bis jetzt fünf verschiedene Bebauungsvorschläge vor.

Der Vorstand des Seniorenbeirates der Stadt Schwerin hat dies in seiner Sit-

zung zum Anlass genommen und Möglichkeiten der Bebauung erörtert. Der Vorstand kam zu der Auffassung, dass die Paulshöhe auf jeden Fall in kommunaler Hand bleiben muss, d.h. dass die Stadt die Fläche nicht an einen privaten Investor verkaufen darf. Die Stadt muss Eigentümer dieser Fläche bleiben.

*Fortsetzung auf Seite 36*

Fortsetzung von Seite 35

Bezahlbarer Wohnraum wird für viele Bürger in Schwerin angesichts eines angespannten Wohnungsmarkts immer mehr zur Mangelware. Das Problem betrifft auch viele ältere Menschen. Der Vorstand des Seniorenbeirats schlägt deshalb vor, in diesem Wohnpark das Modell der Mehrgenerationenhäuser zu errichten. Eine Förderung von bezahlbaren, altersgerechten Wohnungen wird schon lange gefordert und bis jetzt viel zu wenig Beachtung geschenkt. Hier bietet sich die Möglichkeit, alters- und generationsgerechte Quartiers- und Siedlungsgestaltung zu planen. Die Bevölkerung von Schwerin, ob jung oder alt, könnte Paulshöhe so weiter auch zu Freizeitaktivitäten nutzen.

Es fehlt den Senioren aus dem Schlossgarten und aus Ostorf eine Begegnungsstätte, die es schon in vielen Stadtteilen gibt. Darüber hinaus wäre ein Standort für die Versorgung und Dienstleistung für die Bürger hilfreich, wie zum Beispiel auch Arzt- und Physiotherapiepraxen.

Es wäre fatal, diesen Platz für eine elitiäre, kleine Bevölkerungsgruppe zu nutzen. Es muss die Chance erkannt werden, dass gerade jetzt die Möglichkeit besteht, altersgerechte, bezahlbare kommunale Wohnung zu errichten.

Die geburtenstarken Jahrgänge gehen demnächst in Rente. Eine ganze Generation mit deutlich niedrigeren Renten trifft dann auf steigende Wohnkosten. Für viele Senioren wird es jetzt schon eng: Weniger Rente,

weiter steigende Mieten, kein Geld für altersgerechte Umbauten. Alle Wirtschaftsforscher, Sozialexperten und die Bauwirtschaft sind sich einig, dass dies ein Problem für viele Rentner ist. Mehr öffentliche Förderung für altersgerechte Wohnungen ist alternativlos, man kommt nicht umher, dieses Problem endlich anzupacken.

Man sollte diese Chance nutzen, um den Schwerinern diese Fläche wieder öffentlich zur Verfügung zu stellen und Nutzungsmöglichkeiten für die Allgemeinheit zu finden.

Der Vorstand des Seniorenbeirats fordert, dass die Stadtvertretung bei der Wohnbebauung diese Handlungsempfehlung berücksichtigt.

Walter Heinrich und Antje Werth,  
Seniorenbeirat der  
Landeshauptstadt Schwerin

## Gedenken an Marianne Grunthal

„Gott sei Dank – dann gibt es Frieden!“ Diese Worte, dieses Aufatmen nach zwölf Jahren NS-Diktatur und dem gerade bekanntgewordenen Tod Adolf Hitlers, kosteten der Lehrerin Marianne Grunthal aus Zehdenick bei Berlin in den letzten Kriegstagen am 2. Mai 1945 das Leben. Am 27. April 1945 hatte sie sich mit ihrer Freundin nach Bombenangriffen auf Berlin einem Flüchtlingstreck in Richtung Mecklenburg angeschlossen.

In Zippendorf wurde sie mit den anderen Flüchtlingen von der Nachricht überrascht, Hitler sei tot. Ihre Reaktion auf die Todesnachricht wurde ihr



Gedenkstein am südlichen Bahnhofsvorplatz, der nach Marianne Grunthal benannt ist. Foto: U. Allwardt

zum Verhängnis. Den Ausspruch, der Millionen von Menschen aus der Seele sprach, hörten fanatische SS-Wach-

mannschaften. Sie wurde verhaftet und zusammengeschlagen, von der NS-Kreisleitung verurteilt und auf einem Lastwagen in die Stadt transportiert. Die SS-Fanatiker erhängten Marianne Grunthal unter den Augen von Soldaten, Flüchtlingen und Einheimischen an einem Laternenmast auf dem Bahnhofsvorplatz, ohne dass irgendjemand eingeschritten wäre. Am selben Tag erreichten amerikanische Truppen Schwerin.

Auch 76 Jahre nach dieser schändlichen Tat wurden an dem Gedenkstein zu Ehren Grunthals Blumen niedergelegt und ihres Todes gedacht. ■

## Offener Brief an den Schweriner Oberbürgermeister

Sehr geehrter Herr Dr. Badenschier, wir wenden uns mit diesem offenen Brief an Sie als Leiter der Schweriner Stadtverwaltung.

Seit nun mehr als einem Jahr kämpfen wir um eine Verhinderung der Ausbreitung des Corona-Virus. Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass die

Menschen sich vor einer Ansteckung mit dem Virus schützen. Dies ist besonders wichtig für ältere Menschen. Die AHA-Regeln sind bei den meisten Menschen im Alltag integriert, doch gibt es immer wieder Personen, die diese missachten bzw. die beschlossenen Allgemeinverfügungen nicht

beachten. Auch der Umgang mit den Tests läuft bei uns in der Stadt Schwerin sehr unprofessionell, schleppend und bürokratisch. Da sind uns viele Kommunen um einiges voraus. Leider gibt es auch viele Defizite bei der Vergabe der Impftermine, hier werden Personen, die hartnäckig und unnach-

giebig das Impfzentrum belagern, geimpft, ohne dass nachgefragt wird, ob sie u.U. zu einer Risikogruppe gehören. Aber teilweise werden gerade ältere Menschen und Personen, die einer Risikogruppe angehören, immer noch nicht berücksichtigt und sind nicht geimpft.

Deshalb fordern wir:

- schärfere Kontrollen der Einhaltung der rechtlichen Ge- und Ver-

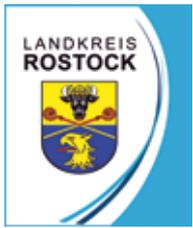
bote; notfalls müssen zusätzlich Mitarbeiter/innen eingestellt werden bzw. umgesetzt werden;

- ohne Voranmeldungen: schnell und bequem Tests durchführen lassen; wenn Bürger/innen diesen Schutz nutzen möchten, ist es fatal, mit Bürokratie darauf zu reagieren;
- strikte Einhaltung der Impfstrategie, keine Vorteilsnahme für egoistische Mitbürger;

- schnellere und bessere Organisation der Impftermine; notfalls mobile Impfzentren mehr und intensiver nutzen.

Wir hoffen, dass wir im Kampf in dieser Pandemie auch in der Stadt Schwerin bald größere Erfolge wie z.B. in Rostock zu verzeichnen haben.

Mit freundlichen Grüßen  
Walter Heinrich, Seniorenbeirat



## LANDKREIS ROSTOCK

### Diakonie Güstrow arbeitet für neue Normalität

Seit Dezember 2020 wurden mehr als 2.000 Impfwillige durch die Koordination und Mithilfe der Diakonie Güstrow e.V. geimpft. „Das Koordinationsteam für die Impfungen bei uns hat hier sehr gute Arbeit geleistet. Genauso, wie das Impfteam des Landkreises. Dafür möchte ich Danke sagen.“, so Christoph Kupke, Vorstand der Diakonie Güstrow e.V. Insgesamt freut er sich vor allem über die zufriedenstellende Impfquote. Gestartet wurden die Impfungen in den stationären Pflegeeinrichtungen, so wie es Bund und Land vorgesehen hatten. Dabei galt es auch, mit ungeahnten Widrigkeiten umzugehen. „Zum Anfang der Impfungen mussten wir teilweise über Nacht die Aufklärungsbögen anpassen, weil die uns zur Verfügung gestellten Bögen nicht mehr die Richtigen waren. Dies gelang tatsächlich in einem sehr sportlichen Tempo durch unsere Mitarbeiter in den jeweiligen Einrichtungen,“ blickt Kupke zurück. Aber auch für die zu Pflegenden

im ambulanten Bereich konnten sehr schnell Impfangebote vermittelt werden. „Tatsächlich haben wir eine sehr große Nachfrage nach den Impfungen gehabt und es ist uns gelungen, allen die es wollten, eine Impfung zu vermitteln. Dafür haben wir auch unsere Räumlichkeiten in der Tagespflege Güstrow zu einem Termin nutzen können“, erzählt Theresa König, Pflegedienstleitung in der Tagespflege Güstrow und Teil des Koordinationsteams für Impfungen bei der Diakonie.

Derzeit wird geprüft, wie wir weiter dazu beitragen, dass die Impfungen schneller voranschreiten können. „Wir befinden uns im Gespräch mit Hausärzten in Güstrow, die wir für eine Kooperation gewinnen möchten, um schnell neue Mitarbeiter oder neue Bewohner in unseren Pflegeheimen impfen zu können“, so Kupke. Ziel der Diakonie ist es, schnell wieder zu einer Normalität zurückzufinden, die durch die Dauer der Pandemie verloren zu sein scheint. Die Impfung ist der Schlüssel dafür.

Um der Bevölkerung die Fahrt zum Impfzentrum zu erleichtern, bietet der Fahrdienst der Diakonie Service Gesellschaft Sammelfahrten zum Impfzentrum nach Laage/Kronskamp an.



Theresa König (r.) testet Isabell Kiera aus der Tagespflege Güstrow.

Er ist unter der zentralen Nummer 03843/776 1111 (24/h) zu erreichen. Dabei ist zu beachten, dass während der Fahrt Maskenpflicht besteht und eine Impfberechtigung vorliegt.

Die Terminabsprache, also die Koordination der Fahrten für die Impfung übernehmen wir für Sie. ■

### Neuer Vermieter im Betreuten Wohnen Groß Wokern

Mitten in Mecklenburg, zwischen einer hügeligen Endmoränen-Landschaft und dem Übergang zur Mecklenburgischen Schweiz, liegt Groß Wokern. Im Zentrum von Groß Wokern liegt das Betreute Wohnen, das von

der Diakonie Güstrow betreut wird. Ein Haus, das schon aufgrund der zentralen Lage mittendrin ist. Dies bestätigt auch der Projektmanager der Diakonie Güstrow e.V. Michael Noske: „Die Lage des Betreuten Wohnens hier

in Groß Wokern wollen wir natürlich auch dafür nutzen, ältere Menschen, die noch eigenständig zu Hause wohnen können, mit ins Leben dieser tol-

Fortsetzung auf Seite 38

Fortsetzung von Seite 37

len Gemeinde hier zu integrieren.“ Mit dem neuen Vermieter Olaf Zuther sei man hier sehr gut aufgestellt, verriet Noske. Ein großer Vorteil des Hauses in Groß Wokern ist, dass es direkt am Haus einen Park gibt. Es besteht also die Möglichkeit, schnell ins Grüne zu kommen. „Hier befinden wir uns in einem sehr guten Austausch mit Herrn Zuther, dass wir hier ein paar Wege an-

legen, die mit Rollatoren zu befahren sind. Herr Zuther und wir wollen den Park natürlich auch barrierefrei gestalten“, so Noske.

Das Betreute Wohnen in Groß Wokern ist vor allem für Menschen geeignet, die sich im Alter Geselligkeit wünschen, aber die Option schätzen, sich zurückziehen zu können. Darüber hinaus bietet das Haus eine gute Infrastruktur. Versorgen können sich die Bewohner mittels eines Bäcker-, Ge-

müse- und eines Konsumwagens. In direkter Nähe befinden sich ein Arzt, ein Frisör und eine Physiotherapie. Sämtliche Wohnungen im Haus sind barrierefrei und verfügen über einen großzügigen Balkon sowie im Erdgeschoss eine schöne Terrasse.

*Information zum Betreuten Wohnen unter Tel.: 0384377/6 10 38, oder per Mail an michael.noske@diakonieguestrow.de*

## Digitaler Ausbau von Mehrgenerationenhäusern

**Bis zu 530.000 Euro zusätzliche Bundesmittel für digitale Kontakt-Infrastrukturen**

Die 530 Mehrgenerationenhäuser in Deutschland sollen digitaler werden. Dafür stellt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) kurzfristig zusätzliche Bundesmittel in Höhe von bis zu 1000 Euro pro Mehrgenerationenhaus zur Verfügung.

Der zusätzliche Bundeszuschuss soll beim Aufbau und zur Weiterentwicklung digitaler Kontakt-Infrastrukturen helfen. Mit dem Geld sollen die Häuser virtuelle Angebote entwickeln und bereits bestehende Dienste modernisieren. Mit einem einfachen Antragsverfahren können die Mehrgeneratio-

nenhäuser ihre Ausgaben etwa für ein Tablet, eine Web-Cam oder Abo-Kosten für eine gerade neu entwickelte MGH-App geltend machen.

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey: „Während der Pandemie hat sich gezeigt, wie entscheidend es ist, auf virtuellem Weg miteinander in Verbindung zu bleiben. Digitale Angebote sind deshalb für die Mehrgenerationenhäuser eine sinnvolle Ergänzung, um auch bei räumlicher Distanz soziale Nähe zu ermöglichen. Mit modernen Kontakt-Infrastrukturen können die Häuser ihre Arbeit auch in schwierigen Zeiten weiterführen.“ Fachlich

und inhaltlich wird den Mehrgenerationenhäusern der Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V. (VskA) als Projektpartner zur Seite stehen – unter anderem durch technischen Support, digitale Lernräume und Workshops mit Experten. Anträge können ab sofort beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) eingereicht werden.

*Weitere Informationen zum Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Füreinander und zur Arbeit der Mehrgenerationenhäuser unter [www.mehrgenerationenhaeuser.de](http://www.mehrgenerationenhaeuser.de).*

## Pflegereform entschlossen anpacken

**Länder müssen endlich einbezogen werden**

Sozialministerin Stefanie Drese hat sich am 26.03.2021 im Bundesrat gegen Pläne von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn für eine Pflegereform ausgesprochen. Sie erneuerte zudem ihre Forderung, bei einem der wichtigsten sozialpolitischen Vorhaben endlich die Länder in einem geordneten Verfahren zu beteiligen.

Die Ministerin betonte: „Wir brauchen die Reform schnell, aber wir brauchen keinen Schnellschuss. Denn eines zeigen die Eckpunkte und Arbeitspapiere

des Bundesgesundheitsministeriums: Sie sind Alleingänge von Jens Spahn, die auf breite Kritik von Ländern, Verbänden, Betroffenen und der Praxis treffen. Sie sind aber auch in Reihen der Koalitionsfraktionen im Bundestag hoch umstritten: inhaltlich und finanziell.“

Als eines der dringendsten Probleme hob Drese den rasant steigenden pflegebedingten Eigenanteil hervor. Die notwendigen Verbesserungen in der Pflege dürften nicht nahezu ungebremst den Pflegebedürftigen und

deren Familien in Rechnung gestellt werden.

„Wir brauchen eine verlässliche Regelung, die pflegebedürftige Menschen vor Altersarmut schützt. Denn es ist unwürdig, wenn Menschen am Ende eines langen Lebens mit 40 oder mehr Arbeitsjahren die Pflegekosten nicht mehr selbst bezahlen können und auf Sozialleistungen angewiesen sind“, sagte Drese. Bisherige Vorschläge des Bundesgesundheitsministeriums zur Kostendeckelung würden insbeson-

dere für die meisten Pflegebedürftigen in den neuen Bundesländern überhaupt keine Entlastung bringen. Den Vorschlag von Jens Spahn, den Leistungsanspruch in der Tagespflege um bis zu 50 Prozent zu kürzen, bezeichnete Drese als verheerend. „Die Kontaktbeschränkungen durch Corona haben uns doch aufgezeigt: Wenn der ambulante Pflegedienst der einzige soziale Kontakt ist, werden Pflegebedürftige einsam. Das raubt den betroffenen Menschen ihren Lebensmut.“ Die ohnehin schon zehrende Sorgearbeit pflegender Angehöriger würden ohne den vollumfänglichen Tagespflegeanspruch zudem noch schwieriger. Und die Anzahl der sta-

tionär versorgten Menschen würde deutlich zunehmen.

Drese: „Dieses Szenario, das den pflegepolitischen Grundsatz ambulant vor stationär in erheblichem Maße gefährdet, kann doch nicht das Ziel einer Pflegereform sein. Ich lehne diese Pläne entschieden ab.“

Das gesamte bisherige Verfahren zeigt nach Ansicht von Drese die Notwendigkeit, wie von der Arbeits- und Sozialministerkonferenz gefordert, eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur ziel führenden Vorbereitung einer Pflegereform einzusetzen. Drese: „Wir nehmen Eckpunkte der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Ziel führenden Vorbereitung einer Pflegereform einzusetzen. Drese: „Wir nehmen Eckpunkte der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Ziel führenden Vorbereitung einer Pflegereform einzusetzen. Drese: „Wir nehmen Eckpunkte der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Ziel führenden Vorbereitung einer Pflegereform einzusetzen.“

tert, von denen am Ende keiner etwas wissen will. Aus meiner Sicht ist das ein Affront gegenüber den Ländern, aber auch allen anderen ehrlich interessierten und bemühten Akteuren.“

Deshalb richtete Drese einen Appell an Bundesgesundheitsminister Jens Spahn: „Packen Sie die Pflege endlich entschlossen an. In einem geordneten Verfahren. Im Dialog. Gemeinsam mit den Ländern. Ersparen Sie uns allen das Herumrätseln und Spekulieren, das der Bedeutung dieses Reformvorhabens unwürdig ist.“

Der Bundesratsantrag Mecklenburg-Vorpommerns wurde zur weiteren Beratung an die Ausschüsse verwiesen. ■

**Politik ist die Kunst, die Leute daran zu hindern, sich um das zu kümmern, was sie angeht.**

*Paul Valéry (1971-1945), französischer Dichter*

## IMPRESSUM

### Herausgeber und

### Redaktionsanschrift:

Landesseniorenbeirat  
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,  
Haus der Begegnung Schwerin,  
Perleberger Straße 22,  
19063 Schwerin,  
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,  
Fax: (0385) 5 55 89 61  
E-Mail: [lsb@landesseniorenbeirat-mv.de](mailto:lsb@landesseniorenbeirat-mv.de)  
[www.landesseniorenbeirat-mv.de](http://www.landesseniorenbeirat-mv.de)

Vorsitzender: Bernd Rosenheinrich

Redaktion: Uwe Allwardt (V.i.S.d.P.)

Gefördert vom Ministerium für  
Soziales, Integration und Gleichstellung  
Mecklenburg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht  
mit der Meinung der Redaktion überein-  
stimmen. Nachdruck mit Quellenangabe  
gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:  
15. Mai 2021; Redaktionsschluss für  
Nr. 3/2021: 15. August 2021

## Insel Hiddensee

*Kühe weiden bis zum Rande großer Tümpel, wo im Röhricht  
Kiebitz ostert. – Nackt im Sande purzeln Menschen selig töricht.*

*Und des Leuchtturms Strahlen segnen eine freundliche Gesundheit.*

*Andrerseits: Vor steiler Küste stürmen Wellen an und fliehen. –  
Nach dem hohen Walde ziehen Butterbrote und Gelüste.*

*Fischerhütten, schöne Villen grüßen sich vernünftig freundlich.*

*Steht ein Häuschen in der Mitte, rund und rührend zum Verlieben.  
„Karusel“ (so richtig!) steht angeschrieben.  
Dieses Häuschen zählt zu Witte.*

*Asta Nielsen – Grisca Chmara, unsre Dänin, und der Russe –*

*auf dem Schaukelpolster wiegen sich zwei Künstler deutsch umschlungen. –  
Gar kein Schutzmann kommt gesprungen. –  
Doch im Bernstein träumen Fliegen.*

*Um die Insel rudern, dampfen, treiben, kämpfen Boote, Bötchen.*

*Joachim Ringelnatz (1883-1934)*

*Deutscher Dichter und Kabarettist (eigentlich Hans Bötticher)*



**Informieren Sie sich.  
Wir beraten Sie gern.**

Vollstationäre Pflege  
Kurzzeitpflege  
Verhinderungspflege  
Urlaubspflege  
Betreutes Wohnen  
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.

Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen in der „Einkaufsquelle“, bei einem Besuch im „Residenzcafé“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Verweilen auf den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegegraden.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens begleiten.



**Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin**

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 0

[www.wohnpark-zippendorf.de](http://www.wohnpark-zippendorf.de)